

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



S. 3 Sozialdemokratische Sozial- und Wirtschaftspolitik auf dem Prüfstand: Hektik am Rande der Panik

S. 4 Trotz politischer Niederlagen: USA und Großbritannien bleiben auf Kriegskurs

S. 8 Widerstand gegen „ein deutsches Europa“: Im Egalitarismus der Konventsmehrheit sind anti-hegemoniale Erfahrungen wirksam

S. 12 Unser Wasser Hamburg: Keine Privatisierung der Hamburger Wasserwerke!

S. 16 In Sachen Ladenschluss: SPD am Gängelband der FDP

S. 19 Veröffentlichung des Archivs für soziale Bewegungen: Freiburger Fahrpreiskämpfe von 1968



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHNTEILIG

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl, GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen
- ☐ Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- ☐ Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- ☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

„HARTZ-INFARKT“. Eine verheerendes Signal ist nach Ansicht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands die Ankündigung von Florian Gerster, dem Chef der Bundesanstalt für Arbeit, die Zahl der Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen herunterzufahren. Besonders betroffen seien davon sozial benachteiligte Menschen, denen bislang durch spezielle Projekte ein Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht werden konnte, mahnte Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. Schon jetzt stünden viele dieser Projekte vor dem Aus, weil die Arbeitsämter deutlich weniger Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Strukturpassungsmaßnahmen (SAM) bewilligten. Diese restriktive Haltung basiere größtenteils auf Plänen in Zusammenhang mit der „Hartz-Reform“.

Mit dem Hinweis, für die geplanten Personal-Service-Agenturen werde Geld benötigt, würden Mittel, die bislang für ABM und SAM zur Verfügung standen, zurückgehalten, sagte Schneider. Auch Kommunen verwiesen zunehmend auf die Hartz-Pläne und stellten ihre bisherige Förderung für Beschäftigung und Qualifizierung ein.

„Dem zweiten Arbeitsmarkt droht ein Hartz-Infarkt“, mahnte Schneider. Besonders schwer getroffen werde Ostdeutschland. „Ein Großteil der sozialen Arbeit in den neuen Bundesländern ist nur aufgrund von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen möglich“, so der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen. Aber auch in den alten Bundesländern wie beispielsweise Nordrhein-Westfalen habe sie schon zur Einstellung von Angeboten für besonders auf dem Arbeitsmarkt benachteiligte Zielgruppen und zur Entlassung von Beschäftigten geführt. **PM**

HOCHSCHULZUGANG. Die Kultusministerkonferenz hat sich auf ein neues Verfahren zum Hochschulzugang geeinigt. Hier die Pressemitteilung: „Mit dem am 6. März 2003 von der Kultusministerkonferenz in Berlin gefassten Beschluss soll einerseits den bestqualifizierten Bewerbern die Auswahl der gewünschten Hochschule ermöglicht und andererseits das Auswahlrecht der Hochschulen gestärkt werden. Für die geplante Neuordnung hat die Kultusministerkonferenz die folgenden Eckpunkte beschlossen: Das Allgemeine Auswahlverfahren wird in zwei Modellen ausgestaltet.

Im ersten Modell (von Baden-Württemberg entwickelt, d.Red.) wird das Wahlrecht der Hochschulen betont. Das Auswahlverfahren der Hochschulen wird der Vergabe von Studienplätzen im Übrigen vorangestellt. Die Länder erhalten die Möglichkeit, vorab bis zur Hälfte der Gesamtzahl der Studienplätze durch die Hochschulen zu vergeben. Die Auswahl erfolgt nach dem Grad der Eignung der Bewerber für den gewählten Studiengang. Die Zentralstelle für die Vergabe

von Studienplätzen (ZVS) vergibt dann 25 Prozent der Studienplätze an die „Abiturbesten“ entsprechend ihren Ortswünschen. Die verbleibenden Studienplätze werden schließlich nach den Kriterien Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung und Wartezeit vergeben.

Im zweiten Modell (von NRW entwickelt, d.Red.) wird das Wahlrecht der „Abiturbesten“-Bewerber besonders hervorgehoben. Es werden 25 Prozent der Gesamtzahl der Studienplätze durch die ZVS an die „Abiturbesten“ entsprechend ihren Ortswünschen vergeben. Weitere 25 Prozent der Studienplätze werden durch die Hochschulen nach dem Grad der Eignung der Bewerber für den gewählten Studiengang vergeben. Die verbleibenden Studienplätze vergibt die ZVS nach den Kriterien Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung und Wartezeit.

Die Länder sollen entscheiden können, welches der beiden Modelle im jeweiligen Land Anwendung findet.

PFLGEVERSICHERUNG. Der Paritätische Wohlfahrtsverband schlägt in einem Diskussionspapier vor, die Pflegeversicherung durch ein bedarfs- und einkommensorientiertes Pflegeleistungsgesetz abzulösen. Um die gesellschaftlichen Kosten einer alternden Bevölkerung möglichst gerecht zu verteilen, sollte ein solches Leistungsgesetz von allen Steuerzahlern und nicht nur von Beitragszahlern finanziert werden, wie dies derzeit bei der Pflegeversicherung der Fall ist. Bei einer solchen Umstellung könnte der Faktor Arbeit um 1,7 Prozentpunkte bei den Sozialversicherungsabgaben entlastet werden, betonte Verbandsvorsitzende Barbara Stolterfoht, ehemalige hessische Sozialministerin. Stolterfoht sagte, die Pflegeversicherung sei mit dem Ziel angetreten zu vermeiden, dass alte Menschen aufgrund ihrer Pflegebedürftigkeit von Sozialhilfe abhängig werden. Dieses Ziel werde jedoch nicht erreicht. Die Leistungen in Höhe von 1.023 bis 1.432 Euro (je nach Pflegestufe) liegen deutlich unter den durchschnittlichen Pflegekosten bei stationärer Pflege. Schon jetzt erhalten mehr als ein Drittel der Pflegebedürftigen in stationärer Unterbringung zusätzlich Leistungen der Sozialhilfe. Zudem decken die von der Pflegeversicherung finanzierten Leistungen wesentliche Bedürfnisse von Betroffenen nicht ab. Als „Geburtsfehler“ bezeichnete Stolterfoht, die Finanzierung der Pflegeversicherung ausschließlich an Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu knüpfen. Dies blende die Tatsache aus, dass neben Arbeitsentgelten für viele Menschen zunehmend andere Einkunftsarten an Bedeutung gewinnen. Die Absicherung des Pflegerisikos über das allgemeine Steueraufkommen mache die Einnahmenseite breiter und unabhängiger von Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt.

Hektik am Rande der Panik

Die Wachstumsmärkte schrumpfen. Über 24 Milliarden Verlust bilanziert die Telekom. Die Versicherungen stehen unsicher. Die große Münchner Rückversicherung hatte ihr schlechtestes Geschäftsjahr. Die Banken schreiben Defizite. Schon kurst die Idee, die „notleidenden Kredite“ in einer besonderen, staatlichen Anstalt zu bedienen, und so das Schlimmste zu verhüten. Der Konsum stagniert. Die Arbeitslosigkeit steigt. Nun schreibt auch die Pflegeversicherung ein großes Defizit. Die Finanzierungsmöglichkeiten der Gemeinden sind überstrapaziert. Ihre Leistungskraft lässt nach.

In der öffentlichen Meinung setzten sich die Forderungen des Unternehmerlagers durch. Das zeigt nicht nur der rüde Ton, den Presse und Politik gegenüber den Gewerkschaften anschlagen, sondern auch die Wahlergebnisse. Zwar ist die Kampfkraft der Gewerkschaften keineswegs etwa zusammengebrochen, und ihre Aktionen stoßen auch in der Breite der Bevölkerung durchaus auf Verständnis. Aber es gibt in der Wirtschafts- und Sozialpolitik unverkennbar einen Trend nach rechts.

Beispiel Kündigungsschutz

Der Kündigungsschutz wird zu einer wichtigen Frage, sobald eine Branche schrumpft und immer wieder „betriebsbedingte Kündigungen“ anstehen. Soweit die Forderung des Unternehmerlagers nach Lockerung des Kündigungsschutzes ernsthaft ist, enthält sie vor allem die Auskunft, dass man mit einer längeren Periode der Schrumpfungen rechnet. Es ist zwar die Rede davon, dass ein lockerer Kündigungsschutz die Einstellung von Kräften erleichtert, weil man sie leichter wieder los wird. Aber kann das etwas anderes heißen, als dass man höchstens mit vorübergehender Geschäftsbelebung rechnet?

Für die Situation der kurzfristig einbrechenden Nachfrage wurde die Institution der Kurzarbeit geschaffen. Um zu vermeiden, dass eine eingespielte Belegschaft auseinander bricht, springt die Arbeitslosenversicherung während einer überschaubaren Nachfragerücke in die Bresche. Nun will man für die Situation eine kurzfristig aufflackernde Nachfrage dadurch meistern, dass die Öffentlichkeit die Leute für den Rest der Zeit irgendwie über Wasser hält. – Es ist irgendwie verständlich, dass die Unternehmen in einer unsten Nachfragesituation ihre Auslastung gleichmäßig hoch halten wollen und versuchen, das Problem auf die Seite der Arbeitskraft abzuwälzen, die um so ungleichmäßiger ausgelastet wird, um so mehr Schwankungen in der Lebens- und Haushaltsführung auszuhalten hat und in höherem Maße auf öffentliche

Mittel zum Lebensunterhalt angewiesen ist. Die Unternehmen sehen zuerst ihre Bilanz.

In der Auseinandersetzung um den Kündigungsschutz zeigen sich neben dieser immer vorhanden und erfindungsreichen Tendenz, Probleme auf die Öffentlichkeit abzuwälzen, jedoch noch eine Gemeinheit und eine Dummheit.

Die Gemeinheit in der Absicht, die Liste der anfallenden Kündigungen nicht wie bisher durch Gesetz erzwungen nach „Merkmalen“ zusammenzustellen. Betriebsrat und Geschäftsleitung sollen sich statt dessen künftig auf eine „Namensliste“ einigen, den „Genannten“ soll der Abschied durch eine Prämie verzuickert werden. Das ist die Differenz, über die in der Öffentlichkeit geredet wird.

Käme es zu einer solchen Neufassung des Gesetzes, würde vor allem in den großen Betrieben sich erheblich etwas ändern. In dem Ausdruck „Namensliste“ steckt die Notwendigkeit, kündigungsrelevante Merkmale des Verhaltens von Personen zu erfassen. Wie anders sonst wäre Gerechtigkeit zu erzielen? Datenbanken etwa nach der Art der Flensburger Verkehrssünderkartei müssten angelegt und im Falle einer Geschäftsschrumpfung abgefragt werden. Die Erfassung solcher Daten verlangt selbstverständlich eine genaue Beobachtung, auch dieses eine Frage der Gerechtigkeit. Das stärkt die innerbetriebliche Hierarchie, und das dividiert die Leute in solche, die „melden“, und solche, die „gemeldet werden“, auseinander. Wenn es dann schließlich zu betriebsbedingten Kündigungen kommt, hängt den Leuten auch noch – vielleicht lebenslang – die

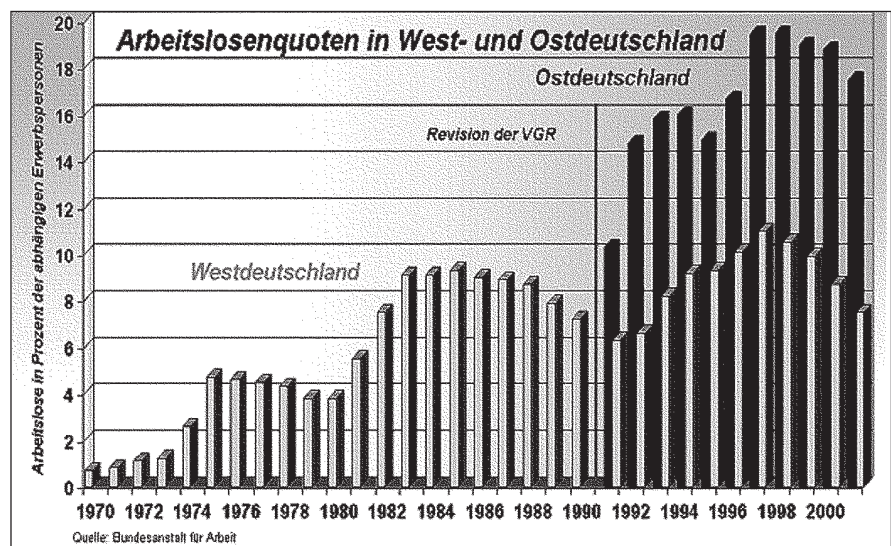
Signatur an, von einem bedeutenden Unternehmen geprüft und verworfen worden zu sein.

Die Schrumpfung der Branche wird umgemünzt zum Drohmittel gegen einzelne Personen. Das ist die Gemeinheit. Und es ist auch eine Dummheit. Noch nicht einmal die Arbeitsproduktivität in den Betrieben kann so gesteigert werden. Das Verteilen von Schuldzuweisungen an Untergebene versperrt erfahrungsgemäß den Blick für Fehler in der Arbeitsorganisation. Vor allem aber ist zu bedenken, dass der Ausgangspunkt des Problems der „betriebsbedingte Kündigungen“ eine schwache Nachfrage ist. Wie soll denn die boshafte Beobachtung einzelner Beschäftigter („Namen“) die Kauflust der Kunden heben?¹

Beispiel Ladenschluss

Beim Ladenschluss liegt inzwischen reichhaltiges Material vor, dass die Abschaffung der gesetzlichen Schranken die Struktur der Versorgung beschädigt, den Umsatz nicht hebt und auch die Beschäftigung im Handel nicht vorteilhaft beeinflusst. Die Kampagne gegen die gesetzlichen Schranken, die schon seit vielen Jahren läuft, gewinnt jetzt, unter der Bedingung stagnierender, ja schrumpfender Einzelhandelsumsätze Schwung. Der Grund dafür kann nicht in betriebswirtschaftlichen Überlegungen der Einzelhändler liegen. Von ihnen aus gesehen ginge es höchstens noch darum, mit einer größeren Kapitaldecke versehen, schwächere Bewerber ausstechen und Umsatz auf sich ziehen zu können.

Aber so wie es beim Kündigungsschutz letzten Ende darum geht, dem Disposi-



Mit akribischer Genauigkeit untersucht die wirtschaftswissenschaftliche Forschung die Arbeitslosigkeit im Kreuz und Quervergleich. Wäre es nicht angebracht, sich einmal mit der Frage auseinanderzusetzen, unter welchen Bedingungen Vollbeschäftigung entstand und für lange Jahre Bestand hatte?

tionsrecht der Kapitaleseite rechtlichen Raum zu verschaffen, geht es hier darum, die Position des Geldbesitzers zu stärken und den Kreis der Dienstleistungen, die er einfordern darf, ohne an Schranken von Gesetz, Sitten und Menschenwürde zu stoßen, auszuweiten.

Es ist ein dramatisches Zeichen von Panik, wenn die Krise im Konsumbereich zu Änderungen führt, die weder das Angebot verbessern noch die Nachfrage beleben.

Beispiel Gesundheitspolitik

Hier läge vom Ministerium aus ein Ansatz vor, der problemorientiert ist. Durch umfangreiche Untersuchungen war festgestellt worden, dass auf diesem Sektor der Volkswirtschaft Unterversorgung, Überversorgung und Fehlversorgung kostentreibend nebeneinander vorkommen. Es war festgestellt worden, dass bei den Leistungsanbietern im Gesundheitssektor, längst sind es ja nicht nur die Ärzte, die Bereitschaft da ist, sich mit diesen Fragen auseinander zu setzen und die Qualität ihrer Arbeit zu kontrollieren. Es war festgestellt worden, dass die Preisbildung für pharmazeutische Produkte teils wegen deren Monopolisierung und Preisgebaren, teils wegen unzureichender Information über Substitutionsmittel über das vertretbare Maß hinauschießt, so dass Gegenmaßnahmen erforderlich wurden. Es war schließlich festgestellt worden, dass die Kontrolle der Zielsetzungen und der Qualität des Gesundheitswesens ein anderer Diskurs, eine andere Wissenschaft als die auf den einzelnen Patienten ausgerichtet Heilkunde ist. – Nun sieht es so aus, dass das Ministerium unter dem Druck jener wankt, die das Versorgungsproblem durch Angebot und Nachfrage regeln wollen, ungeachtet der Tatsache, dass Krankheit ein Risiko ist, das versichert werden muss, weil die individuelle Vorsorge viel zu aufwändig wäre. Setzt sich diese Richtung durch, wird eine sukzessive Ausgrenzung von Bevölkerungskreisen aus dem Versorgungsanspruch folgen.

Was will man vom Staat?

Im Fall des Kündigungsschutzes werden die Kapitaleigener angestachelt, ihre Organisationsprobleme durch einen öden Kreislauf von Entlassen-Einstellen-Ent-

lassen zu regeln. Im Falle des Ladenschlusses werden die Geldbesitzer hoffiert. Im Fall der Gesundheitsreformen wird begünstigt, wer durch glückliche Umstände gesünder ist als der Durchschnitt. All diese Entwicklungen sind so beunruhigend, weil sie Rationalität auch im kapitalistischen Sinne vermissen lassen. Es ist als ob die Kapitalisten, zur Abwechslung wieder einmal als Klasse betrachtet, ihren gesellschaftlichen Führungsanspruch aufgeben wollten, der ja darauf beruht, dass sie mit ihrer Bereicherung die Verbesserung der Gesamtsituation zu verbinden versprechen. Stattdessen entsteht eine Rette-sich-werkann-Stimmung, die breite Bevölkerungskreise mit sich nach rechts, in die Gefolgschaft der Reichen, Starken, Gesunden zieht.

Zu diesem Wochenende wird Schröder eine mit Spannung erwartete Rede halten. Die Spannung ist begründet. Dort, wo die neue Mitte stand, Menschen, in deren Biografie Orientierung auf Einkommen aus beruflichen Leistungen und Absicherung durch eigenes Vermögen sich verbinden sollte, hat die Krise des Kapitalmarkts eine Freifläche geschaffen. Wie wird die Sozialdemokratie auf den Verlust dieses Leitbildes, dieser sinnstiftenden Perspektive reagieren? *maf*

1 www.arbeitsmarkt.wiso.uni-erlangen.de: Weiter bei „Publikationen“, Nr. 9, Elke J. Jahn, Februar 2002, Seite 15: „Die OECD (1999) hat einen internationalen Vergleich der Rigidität des Kündigungsschutzes durchgeführt und analysiert, wie das in Europa verbreitete Prinzip des Bestandsschutzes die Anpassungsleistung des Arbeitsmarktes beeinflusst. Die ökonometrischen Analysen der OECD (1999) mit gepoolten Querschnitts- und Zeitreihendaten für die Länder der OECD können bislang keinen signifikanten Einfluss des Kündigungsschutzes auf die aggregierten Arbeitslosenquoten und den Jobturnover nachweisen (...) Die These, dass der Kündigungsschutz keinen Einfluss auf die aggregierte Beschäftigung einer Volkswirtschaft hat, lässt sich nach den Auswertungen der OECD (1999) auch mit den Methoden der empirischen Wirtschaftsforschung nicht eindeutig widerlegen. Demgegenüber ist der Einfluss des staatlichen Kündigungsschutz auf die Dauerverteilung der Arbeitslosigkeit eindeutig. Ein staatlicher Kündigungsschutz, wie er in den kontinentaleuropäischen Ländern der OECD vorherrscht, erhöht den Anteil der Langzeitarbeitslosen und verlängert die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit.“

– Am Ende bleibt also die angebliche vorteilhafte Wirkung auf den Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit als Argument für eine Erleichterung des Kündigungsgeschehens übrig. Wenn Firmen auf ihre Organisationsprobleme so reagieren, dass sie es immer wieder mit wem anders probieren, mag es sein, dass sich die Dauer der Arbeitslosigkeit anders verteilt. Im übrigen zeigt aber ein Rückblick auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes in der BRD (ab Mitte der 50er Jahre) noch viel genauer, dass bei einem Rückgang bzw. Niedrigstand der Arbeitslosigkeit auch die sogenannte Langzeitarbeitslosigkeit zurückgeht bzw. gar nicht erst auftritt.

Die USA hat innerhalb einer guten Woche eine Reihe politischer Niederlagen hinnehmen müssen.

Zunächst, am 1. März, verfehlte die Abstimmung des türkischen Parlaments über die Stationierung von 62000 US-Soldaten in der Türkei die notwendige Mehrheit, obwohl die USA für die Zustimmung bis zu 30 Md. \$ Wirtschaftshilfe und Ausgleich für die wirtschaftlichen Folgen des Krieges zugesagt hatten. Damit geriet die militärische Planung der USA durcheinander, die vorsieht, von Norden her in den Irak vorzustoßen, irakische Truppen in größerem Umfang zu binden und die Invasion im Süden zu entlasten. Außerdem spielen auch die türkischen Luftbasen für Großeinsätze aus der Luft eine kaum zu ersetzende Rolle.

Dann sagte der Generaldirektor der IAEA, al-Baradei, am 7.3. vor dem UN-Sicherheitsrat aus, nicht nur, dass nichts auf eine Wiederbelebung des irakischen Nuklearprogramms hindeute, sondern dass die Vorwürfe auf plump gefälschten Dokumenten beruhten. Die Dokumente hatten angeblich die britischen Geheimdienste vorgelegt. Seit Sommer letzten Jahres hatten die USA die besondere Dringlichkeit des Aufmarsches damit begründet, dass der Irak binnen kurzem über die Atombombe verfüge. Einer der Hauptvorwände brach also in sich zusammen. Überdies bestätigte Chefinспекtor Blix dem Irak große Fortschritte bei der Zusammenarbeit mit den Inspektoren, Beweise über die von den USA behaupteten verbotenen Aktivitäten (mobile Waffenlabore) gebe es nicht.

Schließlich scheiterten die USA, Großbritannien und Spanien bis auf weiteres mit der Absicht einer neuen Resolution, mit der dem Irak ein kurzfristiges Ultimatum gesetzt werden sollte. Am 10.3. kündigte zunächst der russische Außenminister ein Veto an, falls die Resolution wie ursprünglich geplant am 11.3. im UN-Sicherheitsrat zur Abstimmung komme, kurz darauf auch der französische Präsident. Außerdem zeichnete sich Anfang der Woche ab, dass trotz Druck und finanziellen Lockungen eine Mehr-



Trotz politischer Niederlagen: USA und Großbritannien bleiben auf Kriegskurs

heit der Mitglieder des Sicherheitsrates der Resolution nicht zustimmen würde. Die USA verzichteten deshalb darauf, die Resolution am 11.3. zur Abstimmung zu stellen, stattdessen fand auf Antrag der Blockfreien eine zweitägige öffentliche Sitzung des UN-Sicherheitsrates statt, an der sich auch andere Mitgliedsländer zu Wort meldeten: Von den 28 Rednern am ersten Tag unterstützten nur die Vertreter Kuwaits und Australiens den Kurs der USA, Großbritanniens und Spaniens, alle anderen sprachen dagegen.

Diese Ereignisse haben ihre Ursache in der Entwicklung der öffentlichen Weltmeinung. Noch nie hat sich angesichts eines drohenden Krieges die öffentliche Weltmeinung so dezidiert, so eindeutig gegen Krieg erklärt. Auch nach dem internationalen Aktionstag am 15. Februar reißen die Massenproteste in allen Erdteilen nicht ab. Die Bevölkerung der Welt lehnt in ihrer übergroßen Mehrheit den Angriff auf den Irak als brutalen Akt der Aggression ab, der das internationale Recht durch das Recht der Stärkeren ersetzen und die Welt verändern würde.

Doch deutet zu dem Zeitpunkt, da dieser Artikel abgefasst wird, vieles darauf hin, dass die USA sich so nicht stoppen lassen. In der Türkei bauen US-Soldaten die Stützpunkte aus, fast, als sei nichts geschehen. Militärkonvois bringen Truppen und Material an die irakische Grenze. Auch die türkische Armee hat mit massiven Truppenverlagerungen in den Nordirak begonnen. So schafft man Fakten für die allseits erwartete Wiederholung der Abstimmung im Parlament. Im Sicherheitsrat haben die USA die Abstimmung über ihre Resolution nun für Ende der Woche (14./15.3.) angekündigt, vielleicht mit einer Verlängerung des Ul-

timatums für einige Tage, während Regierungsvertreter gleichzeitig erklären, der Ausgang der Abstimmung habe auf die Entscheidung für Krieg keine Auswirkung. Warum glauben die US-Alliierten, sich das leisten zu können? Nun, während etwa die BRD im Sicherheitsrat erklärt, der zweiten Resolution nicht zustimmen zu wollen, macht die rot-grüne Regierung zugleich klar, dass sie an die Überflugrechte und die Nutzung der US-Militärbasen in Deutschland für den Krieg auch bei einem Alleingang der USA nicht rührt. So bliebe selbst ein Nein im Sicherheitsrat eine politische Geste, weil die Taten unterbleiben, die den Aggressionskrieg zumindest behindern. Ähnliches gilt auch für andere Verbündete. Selbst die Entscheidung des türkischen Parlaments bleibt nichts als eine Geste, wenn die Missachtung so offensichtlich folgenlos bleibt.

Weil keine ernsthafte Bereitschaft zu erkennen ist, die Aggression, die mit dem Aufmarsch ja bereits begonnen hat¹, zu sanktionieren, können die USA mit einigem Recht glauben, auch eine negative Entscheidung des UN-Sicherheitsrates ignorieren zu können.

Medienberichten zufolge² planen die USA, gegen den Irak die Strategie des „shock and awe“ – „schockieren und erschrecken“ – anzuwenden und den Krieg so innerhalb von 14 Tagen zu beenden. Die irakische Armee solle mit der geballten Macht des US-Militärs so schnell und hart getroffen werden, dass sie keine effektive Verteidigung mehr organisieren könne. Das bekannteste Beispiel für diese Strategie, schreibt die Financial Times, „ist der Abwurf der Atombomben auf Japan 1945“. Heute jedoch ermöglichten Präzisionsbomben die gezielte Zerstö-

rung von Kommandobunkern und Kommunikationsanlagen bei „Schonung der Zivilbevölkerung“. Das gehört zu den Lügen, mit denen die Weltöffentlichkeit desorientiert wird. Allen Berichten der UNO und von Hilfsorganisationen zufolge, die immer wieder vor den katastrophalen Auswirkungen des Krieges warnen, ist einerseits die Infrastruktur so marode, andererseits die irakische Bevölkerung infolge der zwölfjährigen Sanktionen so geschwächt, dass z.B. der Zusammenbruch der Elektrizitäts- oder der Wasserversorgung³ binnen kurzem viele tausend Menschen das Leben kosten wird. Die Strategie des „shock and awe“ ist auf einen Gegner berechnet, der demoralisiert und zur Aufgabe bereit ist. Um so verbrecherischer ist das Kalkül, das ein schreckliches Massaker an der Zivilbevölkerung und auch an schon geschlagenen irakischen Armeen kaltblütig in Kauf nimmt.

Jede Regierung, die nicht alles in ihrer Macht Stehende unternimmt, den Aggressionskrieg zu verhindern, macht sich auch dieses zu befürchtenden Massakers mitschuldig. *scc*

1 Wie der ehemalige Sekretär des UN-Menschenrechtsausschusses, der US-amerikanische Jurist und Republikaner Albert-Maurice de Sayas, am 11.3. im Deutschlandfunk erklärte, ist bereits der Truppenaufmarsch ein Verstoß gegen das Verbot der Androhung von Gewalt nach Artikel 2.4. der UN-Charta. www.radio.de

2 z.B. Financial Times Deutschland, 7.3., US-Militärs setzen auf massive Bombardements, <http://www.ftd.de/pw/in/1046772886413.htm> l?nv=lnen

3 Die USA haben z.B. den Einsatz neuer Waffentypen wie Elektrobomben angekündigt, die bei der Explosion ähnlich wie bei einer Atomexplosion alle elektrischen Anlagen lahm legen. S. unter 2



50-100 000 demonstrierten am 1.3. vor dem türkischen Parlament. US-Militärkonvois auf dem Weg an die irakische Grenze.

Viel Bewegung an der Heimatfront

Vor einem Monat griff der 85-jährige Robert Byrd, seit 1958 Vertreter von West Virginia im US-Senat, den Kriegskurs der Bush-Regierung und in diesem Zusammenhang seine Senatskollegen scharf an. „Krieg zu erwägen“, erklärte er, „bedeutet, über die schrecklichste der menschlichen Erfahrungen nachzudenken. An diesem Februar, an dem diese Nation am Rande einer kriegerischen Auseinandersetzung steht, muss jeder Amerikaner bis zu einem gewissen Grad die Schrecken eines Krieges betrachten. Aber diese Kammer ist für die meiste Zeit still – bedrohlich, schrecklich still. Es gibt keine Debatte, keine Diskussion, keinen Versuch, für die Nation die Vor- und Nachteile dieses besonderen Krieges darzulegen. Da ist nichts.“¹

Der Senat schweigt, aber die Debatte entwickelt sich, und zwar von unten. Die Dokumente im Kasten belegen, dass sich gegen die Versuche der Regierungspropagandamaschinerie, das Land auf Krieg einzuschwören, kraftvoller Widerstand regt. Mit Stand vom 10. März haben nunmehr 136 Groß- und Kleinstädte, Landkreise sowie zwei Bundesstaaten Resolutionen gegen den drohenden Irak-Krieg verabschiedet, und es werden jeden Tag mehr. Viele dieser Resolutionen sind in englischer Sprache zugänglich², und es fällt auf, dass sie außerordentlich viele gründlich erwogene Argumente enthalten. Ähnliches gilt für die Gewerk-

schaftsbewegung. In zahllosen Beschlüssen³, ob von örtlichen Gewerkschaftslokalen z.B. der Teamster, von Gewerkschaften auf der Ebene von Bundesstaaten wie der Gewerkschaft des Pflegepersonals in Kalifornien oder von Gliederungen des Dachverbandes AFL-CIO wie in Philadelphia, Los Angeles oder im Bundesstaat Washington, begründet sie ausführlich ihre Ablehnung des Krieges.

In vielen Resolutionen nehmen die Leiden, die der letzte Golfkrieg und die zwölfjährigen Sanktionen über die Bevölkerung des Irak brachten, und die neuen, vielfach größeren Leiden, die ein

Die Bewegung „Cities for Peace“ hat, wie in der letzten Ausgabe berichtet, längst auch auf Kommunen in anderen Ländern übergegriffen. In der BRD haben nach München und Berlin auch die Kommunalparlamente von Zirndorf und Fellbach unter Bezug auf „Cities for Peace“ Resolutionen beschlossen. In Freiburg verabschiedete der Gemeinderat eine Erklärung zum Irak-Krieg, die allerdings von der Fraktionsgemeinschaft Unabhängige Frauen und Linke Liste nicht unterstützt wurde. In Frankfurt a.M. überwies der Rat einen Antrag an den Magistrat. In Essen wurde ein gemeinsamer Antrag von PDS, SPD und Grünen durch die Ein-Stimmen-Mehrheit von CDU/FDP abgelehnt, in Köln scheiterte eine entsprechende Initiative der PDS, in Göttingen stimmte einem Antrag der Grünen nur die PDS zu. In Mülheim a.d.Ruhr hat die Wählergemeinschaft Mülheimer Bürger Initiativen einen Antrag eingebracht, über den bisher nicht abgestimmt wurde.

neuer Krieg bringen wird, breiten Raum ein. Und wenn der Senat über die Kosten dieses Krieges für die amerikanische Bevölkerung schweigt – die Friedensbewegung rechnet sie vor und trägt sie über vielfältige Netzwerke, Institute, Friedenszentren usw. in die Öffentlichkeit.

Die wachsende Bewegung „Cities for Peace“ macht einen schroffen Konflikt zwischen der Bundesebene und den Kommunen, auch den Bundesstaaten deutlich. Ein mitentscheidender Grund für ihren Widerstand gegen den Krieg dürfte in gewaltigen Problemen liegen, die den Kommunen aufgebürdet sind, deren Bewältigung aber aufgrund der Krise der öffentlichen Haushalte unabsehbar ist. Der Krieg wird, das kommt in fast allen Resolutionen zur Sprache, die staatliche und kommunale Finanzlage noch dramatisch zuspitzen.⁴

Die Staatsschulden der USA belaufen sich in diesem Jahr auf 596 Mrd. \$, Folge der wirtschaftlichen Krise, drastischer Steuersenkungen und forciert militärischer Aufrüstung – ursprünglich war für das Jahrzehnt ein Überschuss von mehreren Milliarden Dollar veranschlagt worden. Der drohende Irak-Krieg wird nach unterschiedlichen Angaben mindestens 100 Mrd. \$ verschlingen, die Kosten langjähriger Besetzung, des Wiederaufbaus des Irak oder andere Kriegsfolgekosten noch nicht mitgerechnet. In einer langen Liste veröffentlichte das Netzwerk Schätzungen, wie viel Einkommenssteuer die Steuerzahler in den Städten der USA für den Irak-Krieg aufbringen müssen, in Los Angeles z.B. fast 835 Mio. \$ – Geld, das für anderes nicht zur Verfügung steht. Auch die Bundesstaaten – viele verzeichnen Rekorddefi-

US-Städte stehen einem Krieg gegen Irak ablehnend gegenüber

„Die meisten der Städte und Landkreise, die dem Krieg ablehnend gegenüberstehen, sind traditionell Hochburgen der Demokratische Partei. Das sagte [die Koordinatorin dieser Antikriegsbewegung, Karen] Dolan und fügte hinzu, es sei das erste Mal in der Geschichte der USA der Fall, dass so viele Gemeinden ein solche Resolution beschlossen hätten. Sie betonte, dass diese Bewegung auch große Städte in Japan, Australien, Kanada und Europa zu ihren Unterstützern zählen könne – wie etwa Berlin, München, Cambridge und Oxford. Laut Dolan beziehen die Teilnehmer des US-Widerstands moralisch klar Stellung gegen das, was sie als „Präventivschlag“ bezeichnen: Dieser würde Internationales Recht verletzen und nur noch mehr terroristische Angriffe auf die Vereinigten Staaten hervorbringen. Aber sie sind auch besorgt wegen der ökonomischen und sozialen Auswirkungen der Feindseligkeiten gegen den Irak auf die US-Städte: „Wir haben derzeit die schlimmste Haushaltskrise seit dem Zweiten Weltkrieg“, sagte

Dolan. [...] Einer landesweiten Meinungsumfrage, durchgeführt für die Washington Post und den Fernsehsender ABC, die am Dienstag [25.2.2003 /Red.] veröffentlicht wurde, macht deutlich – dass eine klare Mehrheit der Amerikaner, 63%, eine militärische Intervention zwecks Entwaffnung des Saddam Hussein-Regimes unterstützen. Aber 56% der Befragten antworteten, dass die Vereinigten Staaten abwarten sollten, bis sie sich die Unterstützung der Vereinten Nationen gesichert haben. Demgegenüber sagten 36 Prozent, dass eine solche UN-Zustimmung nicht notwendig sei.“

Quelle: Sify news – Indischer Internet-Nachrichtendienst, Korrespondentenbericht aus Washington – 26.0.03, <http://news.sify.com/cgi-bin/sify-news/news/content/news>

Die Mitglieder der Gesetzgebenden Bundesstaats-Versammlung handelten, weil die Bundesregierung zu weit geht

„Die Arbeiter in Millinocket sind mit einer viel naheliegenden, unmittelbaren Bedrohung ihres Lebensunterhalts konfrontiert – als sie Saddam Hussein dar-

stellt: Sie sind darauf angewiesen, dass der Betrieb in ihrer [stillgelegten] Mühle wieder aufgenommen wird. Unsere Milch verarbeitenden Farmbetriebe geben auf – und lassen Generationen von Farmern verschwinden ... Mehr als 300 Leute sind gerade erst bei L.L. Bean in Freeport vorübergehend entlassen worden ... Es sind solche Gründe, warum wir eine US-Bundesregierung brauchen, die sich mit derselben Energie und Entschlossenheit, die sie auf den Irak verwendet, konzentriert auf die Belange unserer Familien – die sich abmühen [für ihren Lebensunterhalt]. Das war eines der Hauptanliegen der Resolution. Aber genauso wichtig war, dass die Resolution die Bundesregierung ersucht – den Waffeninspektionen mehr Zeit einzuräumen und zunächst alle Optionen in Erwägung zu ziehen – bevor sie zum Mittel des Kriegs greift. In der jüngeren Geschichte wurde der Vietnam-Krieg dadurch eingeleitet, dass der Kongress [in Washington] den Tonking-Golf-Beschluss fasste. Dieser führte zu einem hochgradig umstrittenen und erfolglosen Krieg, in dem 55.000 Amerikaner ihr Leben verloren und Hunderttausende verwundet wurden.

zite – und Kommunen sind durch den Rückgang der Einkommenssteuer in einer schwierigen Lage. Praktisch alle Bundesstaaten haben begonnen, die Ausgaben für Schulen und Bildung zu kürzen, und die Kürzungen werden sich ohne Zuschüsse durch die Union beschleunigen. Das Gesundheitswesen steckt in einer tiefen Krise. In Los Angeles County z.B. mit einer Bevölkerung von 9,5 Millionen sind 2,5 Millionen Menschen nicht versichert, und ihre Zahl wächst. Hier wurden im Sommer 2002 5000 Beschäftigte im Gesundheitswesen entlassen und 12 von 14 öffentlichen Gesundheitszentren geschlossen, in wenigen Wochen macht das einzige Krankenhaus in der Region High Desert, das über alle wesentlichen Abteilungen verfügt, zu.⁵ Die kalifornische Gewerkschaft des Pflegepersonals warnt davor, dass der Krieg zu weiteren, noch tieferen Einschnitten bei der Finanzierung öffentlicher Krankenhäuser, kommunaler Gesundheitszentren, bei Präventionsprogrammen usw. führen wird. Sie wies auch darauf hin, dass das umfassende Pockenimpfungsprogramm der Bush-Regierung mit dem Zusammenstreichen bei Gesundheitsprogrammen, Vorsorgeuntersuchungen bei Krebs und Tuberkulose, schulischen Zahnuntersuchungen finanziert werden soll.

Fast alle Antikriegsbeschlüsse sowohl der Kommunen wie der Gewerkschaftsbewegung machen geltend, dass das



Schüler und Studierende von über 400 Einrichtungen führten am 5.3. einen eintägigen Streik gegen den Krieg durch. Bild: Chicago

Geld, das der Krieg verschlingt, stattdessen für das Gesundheitswesen, Bildung, Armutsbekämpfung, Schaffung von Arbeitsplätzen und andere soziale Zwecke ausgegeben werden soll.

Ein zweiter Schwerpunkt der öffentlichen Debatte sind die hohen menschlichen Kosten, die der Irak, aber auch die USA zu tragen haben, nicht nur im Krieg, sondern auch danach. Ein Drittel aller Obdachlosen in den USA, schätzt das Netzwerk, sind Veteranen früherer amerikanischer Kriege. Im letzten Golfkrieg haben sich allein 400.000 US-Soldaten in Gebieten aufgehalten, die durch abgereichertes Uran kontaminiert waren. Andere waren Nervengasen ausgesetzt, die bei der Bombardierung oder Sprengung irakischer Depots chemischer Waffen freigesetzt wurden. Nach Angaben der

kalifornischen Gewerkschaft des Pflegepersonals sind ca. 160.000 US-Golfkriegs-Veteranen chronisch krank und arbeitsunfähig, die Zahl von Krebserkrankungen und anderen schwerwiegenden Schäden wie Gedächtnisverlust oder Missbildung bei ihren Kindern ist zwölfmal so hoch wie bei anderen Armeeveteranen.

Ein weiteres Argument bringt die AFL-CIO-Gliederung von Los Angeles County in die Debatte, immerhin die zweitgrößte in den USA, sie vertritt 800 000 Lohnabhängige: Die Bush-Regierung nutze den Krieg zum Angriff auf Arbeiter-, Bür-

ger-, Migranten- und Menschenrechte, u.a. durch den US Patriot Act, mit dem die Koalitionsfreiheit eingeschränkt und die Befugnisse zur Inhaftierung von Nicht-Staatsbürgern, die Telefon- und Internetüberwachung und die Aktivitäten der Geheimdienste ausgeweitet werden.

sc, huh

1 www.friedensratschlag.de

2 <http://www.ips-dc.org/citiesforpeace/resolutions.htm>

3 <http://uslaboragainstarwar.org/resolutions.php#> sowie <http://www.laborstandard.org/Iraq/#Union%20Resolutions>

4 Die folgenden Angaben, sofern nichts anderes angegeben, nach: NATIONAL NETWORK TO END THE WAR AGAINST IRAQ, www.endthewar.org/speakout2.htm

5 Los Angeles Health System near meltdown, <http://www.wsfs.org/articles/2002/nov2002/la-n30.shtml>

Ein wenig weiter in der jüngeren Geschichte zeigte sich, dass der Kongress-Beschluss auf der falschen Behauptung beruhte, US-Schiffe seien im Golf von Tonking angegriffen worden. Wenn man die kritischen Fragen in Sachen Vietnamkrieg umfassender erörtert hätte, wenn der Kongress und das Weiße Haus unterschiedener hingewirkt hätten auf Überprüfung der vorliegenden Informationen – [ist es dann nicht so, dass] dieser Krieg hätte abgewendet werden können? Wir befinden uns [heute] in einer ähnlichen Situation ... Dies ist nicht derselbe Fall wie der Zweite Weltkrieg. Weder hat der Irak die Vereinigten Staaten angegriffen, noch hat er unsere NATO-Verbündeten angegriffen. In den Irak einzumarschieren, um dort das Regime zu stürzen, stellt einen erheblichen Wandel dar in der amerikanischen Außenpolitik. Unsere Vorväter fertigten die Verfassung, um sicherzustellen, dass Fragen wie diese umfassend erörtert werden – und dass jeder Bürger seine Meinung dazu kundtun kann. Und das ist es, was die Gesetzgebende Versammlung des Bundesstaats Maine getan hat.“

Quelle: Beitrag des Initiators der Resolution des

Bundesstaats Maine, Bundesstaats-Senator Ethan Strimling (Demokratische Partei), in „Press Herald online“, 23.2.2003 – www.pressherald.com/viewpoints

Die Bush-Offensive kommt an den Stadttoren zum Stillstand – Warum Städte auf Antikriegs-Kurs gehen

Die wuchtige, sich immer noch aufbauende Welle des Widerstands gegen einen Krieg im Irak wogt hoch auf – fern von [Washington] D.C. Was den Bereich unterhalb der Wellenkronen anbetrifft, kann festgestellt werden, dass der Widerstand gegen den Krieg herrührt von der Basis der Demokratischen Partei. Er meldet sich in den Macht-Zentren der liberalen Demokratischen Partei zu Wort – in den großen Städten, in den Universitätsstädten und in den Versammlungsräumen der Gewerkschaft[en]. L. A. [Los Angeles] reiht sich ein in eine lange Liste von Großstädten, die Hochburgen der Demokratischen Partei sind – das schließt ein: Chicago, Philadelphia, Detroit und San Francisco. Sie alle sind gegen einen einseitig erklärten Krieg ... Dass die Peripherie der Demokratischen Partei in Aufruhr ist, hängt zum Teil auch damit zu-

sammen, dass das Zentrum der Demokratischen Partei schweigt ... Die Welt hat sich verändert, seitdem der US-Kongress im letzten Oktober erstmals seinen Kriegsermächtigungs-Beschluss gefasst hat: Die Angriffe der US-Bundesregierung auf internationale Einrichtungen haben an Intensität zugenommen; ihre Versuche, eine vom Irak ausgehende Bedrohung nachzuweisen, konnten nicht überzeugen; ... Amerikas Umwandlung in eine nicht an Verpflichtungen gebundene, unverantwortlich handelnde Supermacht hat sich beschleunigt; und die Entfremdung zwischen unserer Nation und dem Rest der Welt hat weitflächige und erstaunliche Dimensionen angenommen ... [Aber] die Demokraten im Kongress haben sich darauf festgelegt, nicht wieder einzutreten in den diesbezüglichen Streit. Insofern stellen die Aktivisten der Demokratischen Partei – die in erster Linie gegen Bush revoltieren und erst in zweiter Linie gegen die Demokraten im US-Kongress – das Thema überall dort zur Debatte, wo sie es können.“

Quelle: Beitrag von Harold Meyerson in der Wochenzeitung LA WEEKLY, 28.2.2003 – www.la-weekly.com

Im Egalitarismus der Konventsmehrheit sind antihegemoniale Erfahrungen wirksam

In nächster Zeit finden in den EU-Beitrittsländern des östlichen Europas und des Mittelmeerraums Referenden statt, in denen es um Zustimmung oder Ablehnung der EU-Mitgliedschaft geht. Das betrifft Malta (bereits erfolgt), Zypern sowie Slowenien, Ungarn, die Slowakei, die Tschechische Republik, Polen, Litauen, Lettland und Estland. Die diesbezügliche öffentliche Debatte in den osteuropäischen Ländern ist schon seit längerem bestimmt von der Kontroverse um die ökonomischen und sozialen Folgen dieses Beitritts: Wenngleich er zum einen die Bevölkerungszahl der derzeitigen EU (375 Mio.) um weitere 75 Mio. Menschen „bereichert“, wird er andererseits das bereits jetzt bestehende regionale Wohlstandsgefälle innerhalb der Union ausweiten in Richtung auf eine schroffe hierarchische Abstufung – ausgehend vom Zentrum des Kontinents bis hin zur ostwärtigen Peripherie. Der Lebensstandard dieser 75 Millionen kommt lediglich auf 40% dessen, was Standard ist in der „alten“ EU. Die langjährige Vorlaufzeit zum Beitritt in Gestalt der „Assoziierung“ hat diese Situation mit hervorgebracht – die betreffenden Länder waren hinsichtlich der Konditionen beim Güter-Austausch grundsätzlich miserabler gestellt als selbst die ehemaligen europäischen Kolonialländer des Lomé-Abkommens. Diese Lage wird sich auch schwerlich durch den Beitritt unmittelbar oder mittelbar ändern. Schätzungen zufolge werden diese osteuropäischen Länder gut 20 Jahre (einigen Schätzungen zufolge: gut 30 Jahre!) brauchen, um beim Lebensstandard aufzuschließen zum Westen. Anlässlich des letzten EU-Gipfeltreffens vor den geplanten Beitritten (13.12.2 in Kopenhagen) haben sie insofern auf schnellere Fortschritte in Richtung Gleichbehandlung gedrungen – nicht zuletzt wegen ihrer beträchtlichen zukünftigen Einzahlungsverpflichtungen in den EU-Haushaltstopf. Dem war wenig Erfolg beschieden: So hat z.B. Frankreich eine diesbezüglich notwendige Reform seiner Agrarpolitik abgelehnt, so dass die dortigen landwirtschaftlichen Großbetriebe viermal höhere Subsidien aus diesem Topf zurückerhalten als die ärmeren landwirtschaftlichen Betriebe in Osteuropa. Die Beitrittsländer werden generell nur einen Bruchteil dessen erhalten, was etwa (seinerzeit) Irland, Griechenland, Spanien und Portugal erhalten haben. Im Übrigen wird es noch weitere 10 Jahre dauern, bis sie (lt. Festlegungen) „völlig qualifiziert“ sind für die Teilha-

be an den hier in Rede stehenden EU-Programmen (*Guardian*, 13./15.12.02). Auf der ökonomischen Ebene ist somit die Etablierung eines Systems von Staaten erster und zweiter Ordnung längst Fakt. Diese Situation konnte sich mithin auch verfestigen zur mentalen Konstante in der operativen und strategischen Denke der deutsch-französischen Achse: Dass die betreffenden Staaten etwa entlang eigener Interessen und eigener Souveränitätswahrung handeln könnten – war überhaupt nicht im Kalkül!

Die Regierungen dieser Staaten, egal von welchen parteipolitischen Kräften sie im Einzelnen gestellt werden, stehen allesamt unter dem Erwartungsdruck ihrer Bevölkerungen – dass keine weiteren Verschlechterungen der Lebensbedingungen eintreten, sondern kontinuierliche Besserungen. Jene Regierungen können dieser Erwartung nur – das ist schon seit geraumer Zeit vollständig klar – Rechnung tragen, indem sie einen Kurs der politischen Korrektur der ökonomischen und sozialen Abstufung verfolgen. Es ist ebenso klar, dass dies nur durch Erlangung solidarischer Unterstützung innerhalb der EU-Staatengemeinschaft möglich werden kann. Die Grundlage für die Herbeiführung eines solchen Umgangs miteinander – insbesondere in Verfolgung der genannten Zwecksetzung! – kann nur die Festigung des Egalitarismus zwischen den Staaten (im wechselseitigen Verständnis voneinander sowie in der wechselseitigen Behandlung) sein. In diese Richtung zielt die aktuelle Gegenwehr der o.a. Staaten gegen den Hegemonialanspruch der deutsch-französischen Achse: So haben die polnische und die tschechische Regierung vereinbart, dass sie mit den übrigen Partnern ihrer sogen. Visegrad-Gruppe (Slowakei u. Ungarn) auch nach dem geplanten EU-Beitritt zusammenarbeiten werden – um etwa im Europäischen Rat (Gremium der EU-Regierungschefs) ein kollektives Gegengewicht gegen die Stimmenzahl Deutschlands und Frankreichs (dann: 58 : 58) bilden zu können (NZZ, 24.2.03). Ebenfalls in Reaktion auf diesen Hegemonialanspruch haben sechs der zehn Beitrittsländer jetzt verlangt, dass die abschließenden Regierungsverhandlungen zwecks endgültiger Verabschiedung der neuen EU-Verfassung erst nach ihrem Beitritt zur Union erfolgen (*Guardian*, 27.2.03). Auch hier will man dem gemeinsamen Stimmengewicht entsprechend Geltung verschaffen.

Die Auffassungen, die dieser Gegenwehr zugrunde liegen, sind schon seit letztem Jahr wirksam in der Arbeit der Verfassungsgebenden Versammlung der EU (Konvent). Die osteuropäischen Staaten haben dort entsprechende Beiträge geleistet. Diese haben zur Festigung vorhandener ähnlicher Positionen bei den westeuropäischen Staaten beigetragen – sowie zur zusätzlichen Ermunterung bei diesen Staaten der „alten“ EU. Das wird deutlich sowohl aus den entspr.

Einzelbeiträgen wie auch aus dem Synthesebericht zur Plenartagung des Konvents am 20./21. Januar – es ging dort um die Erörterung der Art. 1 bis 16 des Verfassungsentwurfs (Organe der EU). Das betraf neben dem Europäischen Rat v. a. ein weiteres anweisendes Organ, den sogenannten „Rat“ der Minister (pro Mitgliedstaat ein Vertreter der Regierung), und es betraf das Exekutivorgan „Kommission“ (bestehend aus entsandten Fachkräften, die unabhängig von ihren Regierungen – als Kader der unmittelbaren Unionsebene – arbeiten sollen):

„5. Viele Redner plädierten zu Beginn ihrer Ausführungen zu den einzelnen [EU-]Organen für einige *Grundprinzipien*, die aus ihrer Sicht als Ausgangspunkt der Debatte dienen sollten. Mehrfach wurde hervorgehoben, dass die Befugnisse der drei wichtigsten Organe weiterhin in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen müssten ... Eine Reihe von Rednern betonte, dass bei neuen institutionellen Vereinbarungen der Grundsatz der Gleichberechtigung der Mitgliedstaaten uneingeschränkt gewahrt werden müsse ... Mehrere Redner forderten neue Vereinbarungen, in denen die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente angemessen anerkannt werde ... [...].

7. Mehrere Konventsmitglieder, denen andere beipflichteten, schlugen vor, anstelle des turnusmäßigen Wechsels des Vorsitzes des Europäischen Rates das Amt eines Präsidenten/Vorsitzenden einzuführen, der entweder für eine Amtszeit von fünf Jahren oder aber für eine verlängerbare Amtszeit von zweieinhalb Jahren (wie einige meinten, mit qualifizierter Mehrheit) gewählt werden solle ... Viele Sprecher lehnten diesen Vorschlag ab bzw. vertraten die Auffassung, dass er eine Reihe wichtiger Fragen aufwerfe, die erst geklärt werden müssten ... Eine Reihe von Rednern stellte die Frage nach der demokratischen Legitimierung und Verantwortlichkeit eines solchen potenziell mächtigen Amtsinhabers ... [...].

8. Was den Rat betrifft, so plädierten einige Redner dafür, am halbjährlichen Wechsel des Vorsitzes festzuhalten. Dieses Verfahren habe den Vorteil, dass alle Mitgliedstaaten, die großen wie die kleinen, in gleicher Weise Zugang zum Amt des Vorsitzes hätten, und dass die Europäische Union in den Mitgliedstaaten stärker wahrgenommen werde. Das derzeitige Verfahren solle beibehalten, aber gleichzeitig eine bessere Mehrjahresplanung eingeführt werden, um trotz des Wechsels Kontinuität zu gewährleisten ...

25. [Der Vorsitzende erklärte:] Aus den Beratungen hätten sich eine Reihe von Grundsätzen herauskristallisiert. Der Konvent habe sich für ein gemischtes System aus föderalen und konföderalen Bestandteilen ausgesprochen. Es bestehe Konsens darüber, alle Organe zu stärken und ihre Effizienz zu verbessern, dies aber auf eine Art und Weise zu erreichen, bei der das institutionelle Gleichgewicht gewahrt werde. Viele Redner hätten nachdrücklich auf die Bedeutung einer verstärkten Transparenz und demokratischen Rechenschaftspflicht hingewiesen. Viele seien ferner dafür eingetreten, dass die Gleichbehandlung zwischen den Mitgliedstaaten gewahrt bleibe“¹.

Am ersten Plenartag der o.a. Zusammenkunft der Verfassungsgebenden Versammlung sprachen 63 Vertreter der Konvents-Mitgliedstaaten. Am zweiten

Tag waren es 53 Vertreter. Aus dem Stenographischen Protokoll ist ersichtlich, dass es nur selten Applaus gab. Aber die Mehrzahl dieser Bekundungen entfiel auf jene Beiträge, die diese Punkte, die der Synthesebericht des Konventspräsidenten Giscard d'Estaing benennt – besonders engagiert geltend machten!² Aus alldem wird deutlich, dass hier eine starke politische Strömung wirksam ist in folgende Richtung:

Erstens. Es muss auf die strikte Wahrung der Gleichheit bzw. Gleichberechtigung der Mitgliedstaaten Bedacht genommen werden. *Zweitens.* Insofern müssen die Zusammensetzung und die Verfahrensweisen der Organe entsprechend ausgestaltet sein – beispielsweise durch vollständige einzelstaatliche Präsenz und entsprechende Teilhabe an der Rotation der Leitungsfunktionen. *Drittens.* Die Forderung nach „größerer Effizienz“ bei den Organen und ihren Verfahren wird dort zurückgewiesen, wo sie auf Okkupation der Unionsebene durch elitäre Zusammenschlüsse unter den Einzelstaaten hinausläuft. Sie wird dort begrüßt, wo sie auf stärkere demokratische Kontrolle und Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit hin angelegt ist.

Gegenüber der Entwicklung dieser starken politischen Strömung im Konvent hat sich von deutscher Seite aus (seit der ersten Vorlage des EU-Verfassungsentwurfs im Oktober vergangenen Jahres) eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit der französischen Seite herausgebildet, die bereits im November/Dezember 2002 wirksam war: „... Frankreich und Deutschland ... unternehmen eifrige Versuche, die Debatte [im EU-Verfassungskonvent /Red.] dadurch zu dominieren, dass sie reguläre Treffen abhalten zwecks Absprache gemeinsamer Positionen ... Um den französisch-deutschen Motor am Laufen zu halten, treffen sich ihre Außenminister wöchentlich, die Regierungschefs treffen sich monatlich, und [zusätzlich] veranstalten sie Konferenzen in Mittel- und Osteuropa ...“ (Guardian, 13.12.02). Die Gefahr, die – hinsichtlich der beabsichtigten eigenstaatlichen Politik der dortigen Länder innerhalb der EU – von dieser sich anbahnenden Achsenbildung ausging, muss früh erkannt worden sein. Anders lässt sich die prompte Rückversicherung in Richtung NATO/USA bei Veröffentlichung der Abmachungen des erneuerten Elysee-Vertrags nur schlecht erklären. Diese Maßnahme hatte bzw. hat überwiegend nichts zu tun mit vorbehaltloser Billigung der US-Politik oder mit Blindheit gegenüber ihren inneren und äußeren Auswirkungen. Das wird beispielsweise ganz gut deutlich aus den jüngsten Vorkommnissen in Slowenien, wo das Referendum zum EU-Beitritt (23.3.) gekoppelt ist mit demjenigen zum NATO-Beitritt. Dort begründet die Regierung beides dahingehend, dass man allein abgestützt auf die EU-Mitgliedschaft nicht ausreichend gewappnet sei auf zukünftig

evtl. entstehende Gefahren für den Bestand dieses Staates. Hier finden sich die notwendigen Schlussfolgerungen aus den österreichischen Angriffen auf die antifaschistischen AVNOJ-Beschlüsse wieder, heraufgebrochen in die Zukunft. Der öffentlichen Meinung in Slowenien – sie ist mehrheitlich ganz allgemein gegen jedwede Anwendung kriegiger Mittel zwischen den Staaten eingestellt und im Besonderen gegen ein einseitiges Vorgehen der USA im Irak (an der UNO vorbei) – versuchen folgende Parolen, die von Studenten (mit offizieller Duldung) an 200 Stellen auf den diversen Ausfallstraßen angebracht wurden, Rechnung zu tragen: „JA zur NATO, NEIN zu Bush!“ und „JA zur NATO, NEIN zum Krieg!“³

Der Hinweis darauf, dass man sich zwischen „Hammer und Amboss“ befand bzw. befindet – d. h. zwischen zwei, auf Hegemonie bedachten, Seiten – will insofern auch nicht bemänteln, dass man zwischen Pest und Cholera zu wählen hatte. Und hier waren nun eine Reihe von tiefsitzenden Erfahrungen ausschlaggebend, warum man sich zwecks Abwehr der Pest auf die Cholera abgestützt hat:

Da sind zunächst einmal jene (über Generationen weitergereichten) Erfahrungen hinsichtlich der Hegemonialpolitik der preußischen bzw. reichsdeutschen Seite sowie hinsichtlich der Hegemonialpolitik des Habsburger Reichs. Dann sind da die Erfahrungen bezüglich jener NS-Außenpolitik in Mitteleuropa (1938), die die Duldung von Angriffshandlungen (gegen die Nachbarstaaten Österreich und Tschechoslowakei) durch Frankreich und Großbritannien herbeiführen konnte. Es ist bemerkenswert, dass man sich hier – aus Anlass des erneuerten Elysee-Vertrags – ans Münchner Abkommen erinnert sieht! Sodann sind da die Erfahrungen aus der Befreiung Europas von der Unterjochung durch das „3. Reich“. Hier wird in Richtung Paris hingewiesen auf die Landung der amerikanischen und britischen Invasionsstreitkräfte in der Normandie. Der Hinweis hat insofern tieferen Gehalt, als ja die NATO zurückgeht auf den Pakt von Dünkirchen (1946) bzw. auf die daraus entstandene EVG und WEU – allesamt Bündnisse, die sich damals v. a. auch verstanden als wechselseitige Rückversicherung zum Schutz gegen ein Wiedererstarken der ehemaligen Feindstaaten-Achse (Hitlerdeutschland – Mussolini-Italien). Und schließlich sind da noch die (größtenteils selbst erlebten) Erfahrungen jener o. a. Staaten aus der Ära der Unterordnung unter die Vormacht des ehemaligen Warschauer Pakts bzw. COMECONs.

Der egalitaristische – auf wechselseitige Akzeptanz hinzielende – Grundzug auf Seiten der osteuropäischen Staaten, wie er im Konvent wirksam ist, wurzelt in den genannten antihegemonialen Erfahrungen. Was diese Staaten daher nicht nur aktuell verbindet, ist die gemeinschaftliche Gegenwehr gegen jenen he-

gemonialen Anspruch, der die Unions-ebene nutzen will, um die ökonomische Unterordnung bzw. Abhängigkeit dieser Länder umzumünzen in politische Unterordnung bzw. Abhängigkeit: „Deutschland ..., das wird von manchen so gesehen, teilt die Haltung Frankreichs gegenüber den EU-Kandidatenländern. Die litauische Tageszeitung ‚Lietuvos rytas‘ stellt fest, Chirac könne von ‚Litauen, Polen und den anderen Ländern aus dem ehemaligen sowjetischen Lager‘ nicht erwarten, dass ‚sie sich freiwillig dem Diktat Frankreichs und Deutschlands unterwerfen‘ in Anbetracht ihrer Erinnerung an ‚die politischen Diktate aus Moskau‘. [...]“⁴ „Jacques Chirac und Gerhard Schröder, die selbsternannten Sprecher für die EU, können jetzt selbst sehen, dass die sogenannte ‚Europäische Position‘ sich sehr stark unterscheidet von dem, was sie als solche bezeichnet hatten. Dennoch werden aus dieser Lektion, die ihnen zuteil wurde, keine praktischen Konsequenzen folgen – sie werden damit fortfahren, rücksichtslos auf die Durchsetzung ihrer Meinung zu drängen ... Die Kandidatenländer – die die Sicherheitsgarantien der Vereinigten Staaten zu ihren obersten Prioritäten zählen – sind zusammengeprallt mit den globalen Interessen zweier Kontinentalmächte. Das Resultat dieses Zusammenpralls war spektakulär. Chirac, ganz im imperialen Gehabe eines Leonid Iljitsch Breschnev, sandte eine sehr ernst gemeinte Warnung an die EU-Kandidaten: Seine diesbezügliche Verlautbarung war nicht nur arrogant sondern vielmehr eine öffentliche Erklärung dahingehend: Dass die ‚richtigen Meinungen‘ gelegentlich durch Erpressung zur Geltung gebracht werden, dass Zwang [ausüben] eine Standardform der Diskussion ist, dass die Interessen des Starken den Interessen des Schwachen übergeordnet sind, und dass der Respekt vor dem ‚älteren Bruder‘ [dem EU-Gründungsmitglied /Red.] mehr zählt als die Bedachtnahme auf die eigene Souveränität...“⁵ Die ... Darbietungen [der deutschen-französischen Achse] in dieser Woche deuten sehr darauf hin, dass Paris eine Achse wünscht, die gefährlich nahe heranreicht an eine Hegemonie.“⁶ *huh*

1 Europäischer Konvent – Das Sekretariat: Synthesebericht [des Vorsitzenden Giscard d'Estaing] über die Plenartagung. Brüssel, 27.01.2003 – CNV 508/03 – DE

2 Europäischer Konvent – Montag 20. / Dienstag 21. Januar 2003 – Stenographisches Protokoll der Plenartagung; www.europol.eu.int/europe2004/textes

3 tschechischer Internet-Nachrichtendienst (engl.) TOL: www.tol.cz/look/TOLnew/article.tpl – „Slovenia: At Home in Europe, Safe in NATO“ – Woche 3.–10.03.2003, eigene Übers.

4 dito TOL: www.tol.cz/look/TOLnew/tolprint.tpl – „Iraq: Chirac's Tirade“ – Woche 18.–24.02.2003, eigene Übers.

5 dito TOL: www.tol.cz/look/wire/printf.tpl – „Leonid Ilyich Chirac“, 25.02.03, eigene Übers.

6 dito TOL: www.tol.cz/look/TOLnew/tolprint.tpl – „Frere Jacques, Thank You“ – Woche 18.–24.02.2003, eigene Übers.

BERLIN, DÜSSELDORF. Gegen das Geschäft mit Abschiebungen wurde mit Aktionen vom 7. bis 9 März 2003 in mehreren Städten und an mehreren Flughäfen Deutschlands protestiert. Die AktivistInnen weiten damit die bereits in Frankreich begonnene Kampagne gegen Air France aus. Hintergrund: Am 30.12.2002 starb der 52-jährige Argentinier Ricardo Barrientos bei seiner gewaltsamen Abschiebung in einer Maschine der Air France aus Paris-Roissy. Nur drei Wochen später, am 18.1.2003, wurde Mariam Getu Hagos, ein 24-jähriger Somalier, bei seiner Abschiebung vom selben Flughafen getötet. Beide Männer waren nach Augenzeugenberichten gefesselt ins Flugzeug verbracht und dann mit Gewalt in eine vornübergebeugte Haltung gezwungen worden. – Das es auch anders gehen kann, haben zahlreiche Aktionen in den letzten Wochen deutlich gemacht. Am Frankfurter Flughafen verhinderten AktivistInnen am 17. Februar die Abschiebung von Frau Ngesi Oginia Kuko über Paris nach Kamerun durch Air France (FR vom 18.02.03). Sie konnten den Pilot überzeugen, dass dieser Flug gegen den ausdrücklichen Willen von Frau Kuko erfolgen würde. Am 20.2. wurde die Abschiebung des Angolaners Miguel D. Matos mit einer Maschine der portugiesischen TAP nach Angola verhindert. Auch hier weigerte sich der Pilot, den Zwangstransport durchzuführen. – Bild oben: Aktion in Düsseldorf (www.arbeiterfotografie.com), Bild unten: Als Flugbegleiter verkleidete Mitglieder von „kein mensch ist illegal“ verteilen Flyer gegen Abschiebungen auf der Internationalen Tourismusbörse in Berlin. <http://de.indymedia.org>



Reader zum Zuwanderungsgesetz vom Kongress der Karawane-Gruppe

BREMEN. In naher Zukunft wird das sogenannte „Zuwanderungsgesetz“ in Kraft treten. Euphemistisch „Ausreisezentren“ genannte Internierungslager und wesentlich verschlechterte Lebensbedingungen und Rechtsgrundlagen für Flüchtlinge in der BRD werden die Folgen sein. Damit aber nicht genug. Seit vergangenem April gibt es in der BRD mit dem § 129b ein einmaliges Repressionsinstrument, das es der Bundesregierung ermöglicht, praktisch jeden Flüchtling mit der gleichen Verfolgung zu überziehen wie früher RAF-Verdächtige. Die Folgen sind fatal. Die Exilopposition ganzer Länder kann mundtot, ihre Arbeit in Deutschland ganz unmöglich gemacht werden. Basierend auf den Beiträgen und Diskussionen eines im Juli veranstalteten Kongresses hat die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen einen Reader über die Folgen des Zuwanderungsgesetzes und des Ausländer-Antiterror-Paragrafen § 129b für die Flüchtlinge in Deutschland erstellt. Er kann zum Selbstkostenpreis bestellt werden bei: Karawane_Bremen@web.de.

21. März – Internationaler Tag gegen Rassismus – auch in Jena

JENA. DGB Ostthüringen, Ausländerbeirat Jena, Junge Gemeinde Jena, The Voice Africa Forum, ver.di MigrantInnen-Arbeitskreis, LAG Antifaschismus/Antirassismus, Flüchtlingsrat Thüringen e.V. und DGB Bildungswerk Thüringen e.V. rufen zu einer Aktion und einem Forum auf: 15.30 Uhr: Theateraktion am Holzmarkt „Gegen rassistische Polizeikontrollen und -gewalt“. 17 Uhr: Öffentli-

ches Forum – Uni Jena Hörsaal 7. Bestandsaufnahme – zur Realität rassistischer Kontrollen. Was sind die Ursachen für und was können wir tun gegen Kontrollen, Kriminalisierung und Gewalt?

In ihrem Flugblatt heißt es: „Die Polizei dein Freund und Helfer – außer – Du bist schwarz? Sie werden mit weniger Respekt behandelt, sie unterliegen einschränkenden Sondergesetzen, die für Deutsche nicht gelten und kommen später zu ihrem Recht. Sie sind demütigender Behandlung ausgesetzt, sie werden öfter kontrolliert und verdächtigt. Gegen sie wird gehetzt und sie werden gewalttätig behandelt. Auch von der Polizei. Das ist der Alltag von MigrantInnen. Die von MenschenrechtlerInnen kritisierte Residenzpflicht für Asylsuchende bietet eine Grundlage für willkürliche Kontrollen gegenüber all denjenigen, die das polizeiliche Auge als „Ausländer“ definiert. Aus aktuellem Anlass beschäftigen wir uns zum diesjährigen Internationalen Tag gegen Rassismus mit dem Thema polizeiliche Kontrollen und Gewalt. Am



26.01.2003 wurde der Menschenrechtsaktivist Cornelius Yufanyi in Jena von nicht als Polizisten erkennbaren Personen nach seinen Papieren gefragt. Als er die Polizeidirektion anrufen wollte, um sich bestätigen zu lassen, dass es sich um zivile Polizisten handelte, wurde er gewaltsam zu Boden geworfen. Zu Wort kommen Betroffene der Kontroll- und Kriminalisierungspolitik und ZeugInnen der Vorfälle (Cornelius Yufanyi, Peggy Meenzen, Constance Etchu, Eben und Victor). Sie berichten was abließ, wie sie die Ereignisse erlebt haben, einschätzen und was sich ändern muss.

<http://lag-antifa.de>

Protest gegen restriktive Abschiebungen von alleinstehenden Frauen

KIEL. „Im Schatten des Parteienstreites um das Zuwanderungsgesetz geht das ausländeramtliche Verwaltungshandeln zunehmend auf Kosten der um Schutz und Asyl nachsuchenden Frauen“, erklärt Claudia Langholz, Projektkoordinatorin beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März. Noch im Dezember hat das Kieler Innenministerium nach dem Einspruch des Bundesverfassungsgerichtes gegen den rot-grünen Gesetzesentwurf seinen Vorab-Erlass, der humanitäre Härten im Verwaltungshandeln gegenüber ausreisepflichtigen Personen vermeiden helfen sollte, zurückgezogen. Seitdem sind alleinstehende Frauen wieder mehr von Abschiebungen in geschlechtsspezifische Gefährdungssituationen in ihrem Herkunftsland bedroht. Flüchtlingsfrauen werden in ihren Herkunftsländern nicht nur wegen oppositioneller politischer Betätigung verfolgt. Oftmals drohen ihnen schwerwiegende

Misshandlungen aufgrund von Verstößen gegen Verhaltensregeln, denen nur sie als Frauen unterworfen sind. Bestimmte Verfolgungshandlungen – wie Genitalverstümmelung, Zwangsabtreibung, Zwangsverheiratung oder Zwangssterilisation – gehören zu den gravierenden Menschenrechtsverletzungen, die in erster Linie Frauen zur Flucht zwingen. „Statt den Opfern den notwendigen Schutz vorzuhalten, muss ihnen endlich Rechtssicherheit gewährt werden“, fordert Gisela Nuguid von der Migrationssozialberatungsstelle der Diakonie des Kirchenkreises Niendorf.

www.frsh.de

Hungerstreik gegen den Krieg und die Isolation von Abdullah Öcalan

LÜBECK. 36 KurdInnen und TürkInnen traten in der Lübecker Flüchtlingsunterkunft vom 9. bis 12. Februar 2003 in den Hungerstreik. Sie erklärten: „Wir Kurden und Türken in der Flüchtlingsunterkunft in Lübeck halten den imperialistischen Krieg, der den Völkern im Nahen Osten aufgezwungen wird, für ungerecht und für verrückt. Er bedeutet großes Leid, Tausende von Leichen und Millionen von Opfern. Wir protestieren gegen die grenzenlose Aggression der USA und gegen die Isolation des kurdischen nationalen Vorsitzenden Abdullah. Im Zusammenhang mit der Verunsicherung durch das Attentat vom 11. September, und unter Ausnutzung des Irak-Krieges steht in der Türkei ein neuer Angriff auf das kurdische Volk in Person des nationalen Vorsitzenden Öcalan zur Debatte. Öcalan befindet sich seit drei Monaten in einer Einzelzelle auf der Insel Imrali unter verschärften Isolationsbedingungen. Mit unglaublichen Vorwänden verhindert der türkische Staat jeglichen Kontakt Öcalans zu seiner Frau und seinen Rechtsanwältinnen. Diese lang anhaltende Isolation hat beim kurdischen Volk zu ernsthaften Befürchtungen geführt ... Es wird versucht, die Kurden in einen neuen Krieg zu treiben und ihnen neues Leid und einen neuen Völkermord zuzufügen. Wir fordern die gesamte Öffentlichkeit und die betreffenden Staaten und Institutionen auf zur Sensibilität gegenüber der Isolation Öcalans und dem ungerechten Irak-Krieg.“ *Der Schlepper 21, Zeitung des Flüchtlingsrats SH*

DVU wird im Juni 2003 nicht mehr in Passau tagen

PASSAU. Für kommenden Juni hatte die DVU bei der Stadt bereits vor Monaten wie in den vergangenen Jahren einen Mietvertrag für die Nibelungenhalle angefragt, schickte diesen aber nicht fristgerecht unterschrieben zurück. Auf eine Nachfrage seitens der Stadt gab die DVU keine klare Rückmeldung, worauf Passau den Mietvertrag für ungültig erklärte. Oberbürgermeister Albert Zankl (CSU) vermutet, dass ein Bewirtschaftungsboykott

Frauentag in Hamburg. Trotz Dauerregen demonstrierten 800 gegen die Kahltschlagpolitik des Senats und den drohenden Krieg.



den Rechtsextremen die Lust auf die Domstadt verdorben hat. Die Passauer Gastronomen hatten sich bereits 2001 geweigert, die von bis zu 4.000 Rechtsextremen besuchte Veranstaltung zu bewirten – es gab weder Getränke noch Speisen. Die DVU war auf einen Catering-Service von weit außerhalb angewiesen und verzeichnete auf Folgeveranstaltungen massive BesucherInnenbrüche. Nach über 50 vergeblichen Versuchen der PassauerInnen, auf juristischem Wege ein Verbot für die regelmäßigen DVU-Kundgebungen zu erzwingen, scheint die „Aktion Unwirtlichkeit“ zum Ziel geführt zu haben.

www.kommunale-info.de

Erste Genehmigung eines Lagers für Atommüll im süddeutschen Raum

GRAFENRHEINFELD, SCHWEINFURT. Nach Auffassung des Arbeitskreises Atomenergie der Ärzteorganisation IPPNW, Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, ist die aktuelle Genehmigung des ersten süddeutschen Lagers für Atommüll durch das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) unverantwortlich. Dem Atomenergiekonzern E.ON wurde am 12.02.2003 die Genehmigung erteilt, in unmittelbarer Nähe des Atomkraftwerks Grafenrheinfeld auf 88 Castor-Stellplätzen insgesamt 800 Tonnen hochradioaktives Schwermetall in einer einfachen Halle zu lagern. Es ist die erste Genehmigung „süddeutscher Art“ mit reduzierten Wandstärken (Decke nur 0,55m, Außenwand 0,85m). Die norddeutschen Lager werden stabiler gebaut. Die Genehmigung ist offiziell auf 40 Jahre befristet. Wie dann der Atommüll verantwortungsbewusst weiter gelagert werden soll, weiß niemand. Nirgendwo auf der Welt existiert bis jetzt ein sicheres Endlager für Atommüll. Neben Grafenrheinfeld plant E.ON am Standort Gundremmingen das größte Atommüll-Lager in Deutschland. Dort soll ein Lager für insgesamt 192 Castor-Stellplätze gebaut werden. In Gundremmingen konzentriert sich der Widerstand der Bevölkerung mit über 76.000 Einwendungen.

Nun hat auch der Stadtrat von

Schweinfurt in seiner Sitzung am 25. Februar 2003 einstimmig beschlossen, gegen das genehmigte atomare Zwischenlager in Grafenrheinfeld zu klagen.

www.nachrichten-aus-hassfurt.de

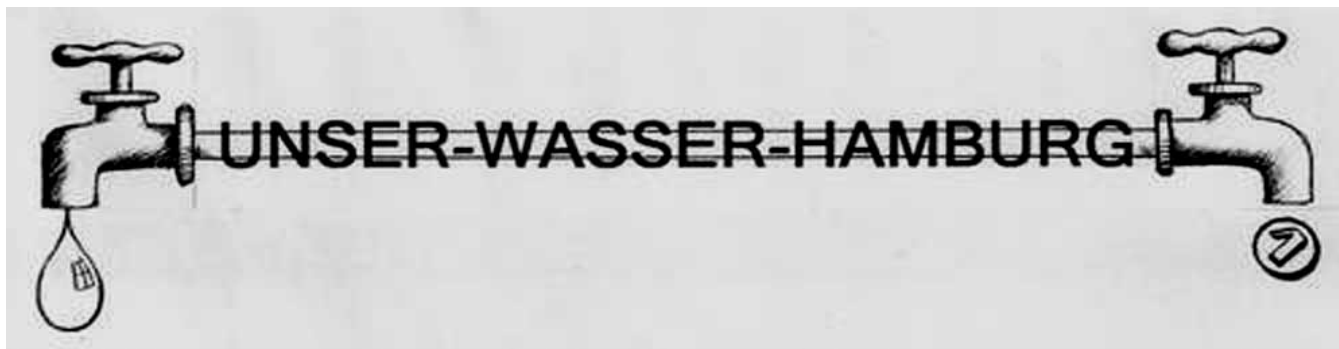
Schadenersatzforderungen der Bahn gegen AKW-Gegner waren überzogen

LÜNEBURG. Im Zivilprozess gegen die „Fünf von Süschendorf“ vor dem Lüneburger Landgericht konnte die Deutsche Bahn am 4. März 2003 nur knapp die Hälfte ihrer Schadenersatz-Forderungen gegen die AktivistInnen durchsetzen. Die Fünf hatten sich im März 2001 aus Protest gegen die verfehlte Atompolitik der Bundesregierung auf der CASTOR-Strecke bei Süschendorf im Wendland angekettet. Die Bahn hatte ihnen deswegen Kosten in Höhe von rund 10.000 Euro in Rechnung gestellt: für die Reparatur des Gleisabschnitts (4.7114,99 Euro), neuen Schotter (587,99 Euro) und für die Überstunden von Mitarbeitern der Bahntochter NCS, Nuclear Cargo & Service, (4.807,29 Euro). Das Gericht sah allein die Reparaturkosten als gerechtfertigt an, nicht jedoch die Kosten für Schotter und Personal. Die Gerichtskosten wurden dementsprechend geteilt: Die AktivistInnen tragen 47 Prozent, die Deutsche Bahn 53 Prozent. „Das Urteil zeigt, dass die Bahn so einfach nicht damit durchkommt, Kosten zu behaupten und den Aktivisten in die Schuhe zu schieben“, kommentiert Jürgen Sattari, Vorstandssprecher von ROBIN WOOD. „Entschiedener Protest gegen die Verschieberei von Atommüll durch Europa und den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken ist weiterhin dringend notwendig und darf nicht zu einer Frage des Geldbeutels werden.“ Hintergrundinfos unter www.robinwood.de/prozesse.

Beschäftigte wollen nicht zu freien Trägern übergehen

STUTTGART. Über 100 Beschäftigte der eventuell von Ausgliederung betroffenen sozialen Dienste (155 Stellen können betroffen sein) der Stadt Stuttgart erklärten am 26. Februar 2003 auf einer Versammlung, dass sie ihr Beschäftigungsverhältnis bei der Stadtverwaltung fortsetzen wollen. Sie kündigten in einer einstimmig gefassten Resolution an, dass sie ihr gesetzlich verankertes Widerspruchsrecht gegen den Übergang ihres Beschäftigungsverhältnisses auf einen anderen Arbeitgeber gemeinschaftlich ausüben werden (§613a Bürgerliches Gesetzbuch). Es wurde ein Aktivitäten- und Aktionsplan verabschiedet, der in den nächsten Wochen und Monaten umgesetzt wird. – Zu der Versammlung hatte die Gewerkschaft ver.di, Bezirksverwaltung Stuttgart, eingeladen. Deren grundsätzliche Stellungnahme gegen die Ausgliederung sozialer Dienste haben wir in den letzten Politischen Berichten auf Seite 17 dokumentiert.

kbs



Keine Privatisierung der Hamburger Wasserwerke!

Das Aktionsbündnis UNSER-WASSER-HAMBURG hat am 6. Februar seine Initiative zur Erhaltung der öffentlichen Wasserversorgung in Hamburg gestartet. Sie richtet sich gegen die Pläne des Senats, die Hamburger Wasserwerke GmbH (HWW) zu veräußern. Als erster Schritt der Volksinitiative für die Verhinderung des Verkaufs wurde eine Unterschriftensammlung eingeleitet.

Die an den Senat der Hansestadt Hamburg gerichtete Forderung beinhaltet folgende Frage: „Sind Sie dafür, dass Hamburgs öffentliche Wasserversorgung weiterhin vollständig Eigentum und unter uneingeschränkter Verfügung der Freien und Hansestadt Hamburg bleibt?“ Sie stützt sich auf das Hamburgische Gesetz über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid, in dem die Teilnahme des Volkes an der Gesetzgebung und der politischen Willensbildung geregelt ist. Das Ziel des Aktionsbündnisses ist es, mit diesem politischen Instrument die Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung grundsätzlich zu unterbinden. Das Aktionsbündnis wird unterstützt von Attac-Hamburg, BUKO Agrar-Koordination, Bund für Umwelt und Na-

turschutz Deutschland (BUND), Landesverband Hamburg, Food First Informations- und Aktionsnetzwerk (FIAN), Naturschutzbund Deutschland (NABU), Landesverband Hamburg, Verbraucherzentrale Hamburg, Mieterbund, Mieter helfen Mietern sowie engagierten Bürgerinnen und Bürgern. UNSER-WASSER-HAMBURG tritt wie zahlreiche Organisationen im gesamten Bundesgebiet für den Vorrang und den Erhalt der bewährten öffentlichen Wasserversorgung ein. Diese biete für die Verbraucher eine hohe Qualität des Trinkwassers, die weit über den gesetzlichen Vorschriften liegt. Sie Sorge für sozialverträgliche Preise auch bei weiter steigenden Qualitätsanforderungen. Die öffentlichen Wasserversorger tragen darüber hinaus durch freiwillige Leistungen zu einem nachhaltigen Schutz der Gewässer bei. Für das gesamte Leistungsniveau bürgt die öffentliche Kontrolle. Dies geschieht über demokratisch gewählte Gremien. UNSER-WASSER-HAMBURG verweist vor allem auf die negativen Erfahrungen mit der Privatisierung der englischen Wasserversorgung und der Kommerzialisierung teilprivatisierter deutscher Wasser-

werke. Eine vorherrschende Renditeorientierung führe zu mangelnden Investitionen für die Pflege und Erneuerung der Anlagen. Dadurch komme es zu einer Qualitätsverschlechterung in Richtung auf das gerade noch zulässige Maß und zu einem Verzicht auf „unrentable“ Umweltschutzmaßnahmen. Die oft in Aussicht gestellte Senkung der Wasserpreise, so argumentiert das Aktionsbündnis, sei in aller Regel unseriös. Fazit: Das Aktionsbündnis hält die vorgebliche Lösung der schweren und dauerhaften Haushaltskrise durch weitere Verkäufe insbesondere ertragsstarker öffentlicher Unternehmen für einen falschen Weg. Mit dem Verkauf des öffentlichen Vermögens schwindet auch der Spielraum für politische Gestaltung und macht den Interessen von Konzernen Platz.

Die Hamburger Wasserwerke haben 182 Mio. Umsatz im vergangenen Jahr einen Gewinn von 33,4 Mio. Euro erwirtschaftet und 28 Mio. Euro Konzessionsabgabe an den Senat gezahlt. Die Rücklagen betragen 150 Mio. Euro. In fünf Jahren rechnet HWW-Chef Hames sogar mit einem Gewinn von 45,8 Mio. Euro und einer Konzessionsabgabe von über 30



Unser-Wasser-Hamburg ist eine Gemeinschaftsaktion von:

- Attac-Hamburg
 - BUKO Agrar-Koordination
 - BUND-Hamburg
 - FIAN-Hamburg
 - Mieter helfen Mietern
 - Mieterverein zu Hamburg von 1890 r.V.
 - NABU-Hamburg
 - Verbraucherzentrale Hamburg
- und von allen Hamburgern, die sich für eine öffentliche Wasserversorgung einsetzen.

Weitere Hintergrundinformationen unter www.unser-wasser-hamburg.de

Ende März ist der Zeitpunkt, zu dem die WTO-Mitglieder ihre „Offers“, das heißt ihre Marktöffnungsangebote, einreichen müssen. Diesen Termin möchte die europaweite Stopp-GATS-Bewegung zum Anlass nehmen, um vorher noch einmal Druck in der Öffentlichkeit auszuüben. Auf dem Europäischen Sozialforum in Florenz letzten November wurde deswegen beschlossen, den 13.3. 2003 zum europaweiten Protesttag auszurufen.

In Deutschland finden zwischen dem 13. und 15. März 2003 dezentrale GATS-Aktionstage statt.

WTO: Geheime GATS-Dokumente der EU durchgesickert

Hochriskante Forderungen an die Adresse der Entwicklungsländer – Kurzbewertung von Thomas Fritz, Attac AG „Welthandel und WTO“

Am 25. Februar 2002, veröffentlichte das kanadische Polaris Institut (www.polarisinstitute.org) die bisher strikt geheimen Forderungen der Europäischen Union an 109 Staaten im Rahmen der Dienstleistungsverhandlungen der Welthandelsorganisation WTO. Die durchgesickerten Dokumente enthüllen die weitreichenden und hochriskanten Forderungen der EU zur Liberalisierung und Privatisierung von Dienstleistungen in aller Welt. Darunter finden sich solche sensiblen Bereiche wie die Trinkwasser- und Energieversorgung sowie die Finanzdienstleistungen. Das GATS-Abkommen der WTO wird seit Anfang 2000 neu verhandelt und zielt auf die Marktöffnung für sämtliche Dienstleistungen in den derzeit 145 WTO-Mitgliedstaaten ab.

Von den 109 Ländern, an deren Adresse die EU ihre Liberalisierungsforderungen (sogenannte Requests) richtete, sind 94 Entwicklungs- oder Schwellenländer. Unter diesen wiederum finden sich zahlreiche der ärmsten Länder der Welt, die sogenannten Least Development Countries (LDCs). Ferner attackiert die EU auch jene Entwicklungsländer, in denen es bereits funktionierende Systeme der Erbringung unverzichtbarer Leistungen der Daseinsvorsorge gibt. Diese operieren jedoch auf nicht-kommerzieller Basis. Vielfach werden sie staatlich subventioniert und ermöglichen auch ärmeren Gruppen eine Grundversorgung. Die GATS-Requests der EU setzen diese Bereiche nicht nur unter erheblichen Privatisierungsdruck zugunsten europäischer Konzerne, sie verlangen auch einen drastischen Rückbau staatlicher Regulierungen.

Die entwicklungspolitischen Bekenntnisse von EU-Kommission und Bundesregierung erweisen sich angesichts der nun an die Öffentlichkeit gekommenen Dokumente als pure Rhetorik. Vergangene Woche noch behauptete Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczoreck-Zeul, eine im Rahmen des GATS übernommene Liberalisierungsverpflichtung „beschränkt nicht das Recht, die Erbringung der Dienstleistungen durch nationale Vorschriften zu regulieren“. Wie verhält sich dies aber mit der Forderung der EU, die brasilianische Zentralbank solle jegliche Beschränkung des Kapitalabzugs aus Bra-

silien unterbinden und sich zur Subventionierung des Privatsektors verpflichten? Wie verhält es sich mit der Forderung, Kenia müsse im Telekommunikationssektor die Höchstgrenze ausländischer Kapitalbeteiligungen von 30% beseitigen oder Ägypten solle auf Bedarfstests bei der Zulassung von Tourismus-Unternehmen verzichten?

Auch meinte Frau Wieczoreck-Zeul der „Kernbereich staatlicher Daseinsvorsorge kann und darf im Verhandlungsprozess nicht zur Disposition gestellt werden“. Wie verhält sich dies aber zu der Tatsache, dass die EU von 72 der 109 Staaten die Liberalisierung der Trinkwasserversorgung fordert, ein Bereich der zweifelsohne zum Kernbereich der Daseinsvorsorge gehört, bisher aber noch gar nicht als eigenständige Kategorie im GATS erfasst war. Die Liberalisierung der Wasserversorgung in aller Welt wäre ein Dammbruch, der bisher noch nicht einmal im Europäischen Binnenmarkt erfolgt ist. Nutznießer auf deutscher Seite sind die mit knappen öffentlichen Entwicklungshilfegeldern und Exportbürgschaften gepöppelten Wasserfirmen wie RWE, AquaMundo, die E.ON-Tochter Gelsenwasser oder Berlinwasser International. Sollten die betroffenen Entwicklungsländer den EU-Forderungen Folge leisten, hieße dies, dass sie auf wichtige staatliche Regulierungen wie den Ressourcenschutz, Preisobergrenzen, Mindestanforderungen für Instandhaltungsinvestitionen, Quersubventionierungen oder Auflagen zum Anschluss der Armenviertel verzichten müssten. Jegliche staatliche Regulierung liefe Gefahr, einem sogenannten „Notwendigkeitstest“ der WTO-Richter zum Opfer zu fallen.

Nicht minder problematisch der nunmehr seitens der EU in die GATS-Verhandlungen eingebrachte Energiesektor, der bisher ebenfalls nicht als eigenständige Kategorie geführt wurde. Dabei wird im Interesse von hiesigen Multis grundsätzlich keine Energieform ausgeschlossen, auch nicht der Atomstrom. Die Wunschliste der EU reicht von der Erkundung potenzieller Energiequellen, über den Bau von Anlagen und Pipelines, das Betreiben von Transport- und Übertragungsnetzen, bis hin zum Handel mit Energieprodukten.

Dramatische Folgen dürften aber auch die völlig hemmungslosen Libera-

lisierungsforderungen der EU im Bereich der Finanzdienstleistungen haben, vor allem im Bank- und Versicherungsgeschäft. Von Malaysia, einem Land das sich mittels seiner Kapitalverkehrskontrollen gegen die Ansteckung durch die Asienkrise immunisieren konnte, wird die Freigabe des Handels mit der inländischen Währung Ringgit gefordert. Auch soll Auslandsbanken der unbeschränkte Kauf und Verkauf von Ringgit-Reiseschecks erlaubt werden. Gerade die Einschränkung des Handels mit der eigenen Währung ist aber eine der wichtigsten Maßnahmen zur Eindämmung von Finanzkrisen. Von Thailand wird verlangt, dass Banken, die in völlig unregulierten Offshore-Zentren lizenziert sind, Zugang zum inländischen Markt erhalten. Auch viele deutsche Banken unterhalten Tochterunternehmen in unregulierten Steuerparadiesen. Von Südafrika und vielen anderen Ländern verlangt die EU, dass sie den Zweigstellen der Finanzmultis keine Eigenkapitalvorschriften machen sollen. Derartige Forderungen laufen auf eine erhebliche Destabilisierung der ohnehin krisenanfälligen Finanzsysteme in Entwicklungsländern hinaus. Angesichts des europäischen GATS-Katalogs verkümmert die verbreitete Rede von der neuen internationalen Finanzarchitektur zur Farce.

Auch die Behauptung des Staatssekretärs im federführenden Wirtschaftsministerium, Axel Gerlach, die EU habe ihre Requests „dem Entwicklungsstand des jeweiligen Adressatenlandes angepasst“, spottet jeder Beschreibung. Allein die quantitativen Dimensionen machen dies deutlich. So erhielten Ecuador und Guatemala EU-Forderungen in 11 GATS-Sektoren, die gleiche Zahl wie die hochindustrialisierten Länder Japan und Australien.

Dank der Veröffentlichung dieser Dokumente können die Bewegungen im Süden nunmehr Druck auf die eigenen Regierungen ausüben, damit sie den völlig maßlosen Forderungen der EU nicht nachgeben. Die Aufgabe von Attac ist es, sie dabei mit Widerstand gegen EU-Kommission und Bundesregierung zu unterstützen.

www.attac.de/gats

TRINKWASSER GEHÖRT DEN BÜRGERN, NICHT DEN KONZERNEN! – Der Senat will unsere Hamburger Wasserwerke verkaufen. Verhindern Sie dies mit Ihrer Unterschrift!

Die öffentliche Wasserversorgung garantiert:

- Hohe Trinkwasserqualität weit über den gesetzlichen Mindeststandards.
 - Für die gebotene Leistung sehr günstige und stabile Preise.
 - Vorsorgenden Schutz und nachhaltige Nutzung der Wasservorkommen.
 - Langfristige Ausrichtung auf das Gemeinwohl.
 - Dauerhafte Versorgungssicherheit und hohes Leistungsniveau.
- Öffentliches Eigentum und demokratische Kontrolle über die Wasserversorgung garantieren, dass dies auch in Zukunft so bleibt.
- Was bedeutet dagegen eine privatwirtschaftliche, kommerzielle Wasserversorgung?
- Wasser wird zur Ware.
 - Wasserversorgung richtet sich nicht an den Interessen der Verbraucher, sondern am Gewinninteresse der Aktionäre aus.
 - Hohe Wasserqualität und Umweltschutz werden zum lästigen Kostenfaktor.
 - Investitionen in die Pflege und Erneuerung von Rohrleitungen und Anlagen werden massiv abgebaut.
 - Personalabbau schwächt das notwendige Know-how der Mitarbeiter.
 - Versprochene Preissenkungen sind oh-

ne Qualitätsverluste nicht machbar. Die Privatisierung schafft beim Trinkwasser keinen Wettbewerb. Die Verbraucher würden von einem einzigen konkurrenzlosen Privatanbieter abhängig. Der Senat will mit Privatisierungsgewinnen kurzfristig Löcher im Haushalt stopfen. Damit verspielt er die zukünftigen Gestaltungsmöglichkeiten nicht nur in der Wasserwirtschaft.

Wehren Sie sich deshalb gegen die Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung in Hamburg! Unterschreiben Sie für diese Volksinitiative!

Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid sind gesetzlich und in der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg verankerte Instrumente für die Beteiligung der Bürger an der Gesetzgebung und der politischen Willensbildung auf Gebieten, die der Zuständigkeit der Bürgerschaft unterliegen. Das ist beim Verkauf öffentlichen Vermögens der Fall. Nutzen Sie Ihre Stimme, um die städtische Wasserversorgung vor dem drohenden Verkauf zu schützen.

„Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss.“ (EU-Wasser-Rahmenrichtlinie, Erster Erwägungsgrund)

Eine Gemeinschaftsaktion von: Attac-Hamburg, BUKO Agrar-Koordination, B.U.N.D., NABU, Verbraucherzentrale Hamburg und von Hamburgern, die sich für eine öffentliche Wasserversorgung stark machen.

→ Mio. Euro. Die HWW haben Interesse am Erwerb der Gelsenwasser von der E.ON geäußert und stehen in Übernahmeverhandlungen mit zwei weiteren Unternehmen der Wasserwirtschaft. Im Dezember 2002 teilte Hames mit, daß man in Polen über die Übernahme des Wasserversorgungs-Managements von sieben Städten verhandelt. Außerdem habe die Weltbank die HWW mit der Überprüfung der Wasserver- und -entsorgung im Jemen beauftragt. Die Privatisierung dieses expansiven Unternehmens könnte nun ausgerechnet über die geplante Übernahme der Gelsenwasser, die im Ruhrgebiet 5,5 Mio Menschen versorgt (393 Mio. Umsatz, 37,9 Mio Euro Gewinn) eingefädelt werden. Da die HWW die geschätzten 1,5 Milliarden Euro nicht hat, die dafür benötigt werden, wird vermutet, daß das Kapital durch die Umwandlung in eine AG und die Veräußerung von 49 % der Anteile an E.ON oder RWE aufgebracht werden soll. Damit wäre nach den Worten des GAL-Abgeordneten Maaß die „schleichende Privatisierung“ eingeleitet. Sowohl die GAL als auch die SPD haben sich bereit dagegen gewandt.

Finanzsenator Peiner (CDU) hat inzwischen in einem Interview mit dem Fernsehsender HH1 eingeräumt, daß er eine Teilprivatisierung der HWW nicht ausschließe. Klaus Milewski, Sprecher der Volksinitiative, nennt diese Erklärung Peiners „pure Augenwischerei“. Milewski: „Denn unser Finanzsenator müsste eigentlich wissen, dass ein Privatunternehmen nur in ein Wasserwerk einsteigt, wenn es Profit machen kann. Das aber gelingt ihm nur, wenn es – unabhängig von einer Minderheits- oder Mehrheitsbeteiligung – die Kontrolle über das operative Geschäft erhält. Das Resultat sind massive Sparmaßnahmen. Sie gehen typischerweise zu Lasten der Trinkwasserqualität, zu Lasten der Versorgungssicherheit und zu Lasten des Gewässer-schutzes.“

Die Volksinitiative erklärt: „Wasser ist keine Ware, sondern ein Lebensrecht. Die Verantwortlichen unserer Wasserversorgung sollten sich auf ihre eigentliche Rolle besinnen: sie sind Dienstleister im Auftrag des öffentlichen Gemeinwohls und nicht etwa gewerbetreibende Unternehmer.“ *ulj*

Demokratie in Ba-Wü

Immer weniger Bürgerbegehren

KARLSRUHE. Bei der Vorstellung der Jahresbilanz der Bürgerbegehren und -entscheide für 2002 beklagte der Landesverband der Bürgeraktion Mehr Demokratie, das langsame Absterben der direkten Bürgermitsprache in den Kommunen. Immer weniger Bürgerbegehren finden in Baden-Württemberg statt. Im Jahr 2002 waren es ganze drei(!) Stück.

Mit einem Bürgerbegehren machen mindestens 10 Prozent der Bürger dem Gemeinderat einen Vorschlag für eine Sachentscheidung, etwa für den Standort einer Stadthalle. Folgt der Gemeinderat diesem qualifizierten Vorschlag nicht, kommt es automatisch zu einem Bürgerentscheid. Gleichzeitig ergeben die Zahlen des letzten Jahres, dass Bürgerentscheide immer öfter vom Gemeinderat beschlossen, und nicht von den Bürgern angeregt werden. So wurden 4 von 7 Bürgerentscheiden des Jahres 2002 aufgrund von Gemeinderatsbeschlüssen durchgeführt. (Bisingen, Karlsruhe, Reutlingen und Löchgau)

Als Ursache für den Niedergang der direktdemokratischen Kultur in unserem Land sieht Hackl die einschränkenden gesetzlichen Regelungen. So können über viele Themen keine Bürgerbegehren stattfinden, für die Unterschriftssammlungen gelten kurze Fristen und die Abstimmung ist nur gültig, wenn mindestens 30 Prozent der Stimmberechtigten für eine bestimmte Sache gestimmt haben. (Zustimmungsquorum). 2/3 aller Bürgerbegehren, so Hackl, scheiterten in der Vergangenheit an den gesetzlichen Fallstricken.

Die Bürgeraktion fordert deshalb u.a. die Zulassung möglichst aller Themen in der Gemeinde für den Bürgerentscheid. Eine entsprechende Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP aus dem Jahr 2001 wurde bislang nicht umgesetzt. Wichtig ist der Bürgeraktion dabei, dass hier die Bebauungspläne nicht ausgenommen werden, wie es etwa der Gemeindetag fordert. Gerade hier haben die Bürger ein großes Interesse an Mitsprache. Im Jahr 2001 fanden in Bayern 48 von 148 Bürgerbegehren zu Bebauungsplänen statt. Zur Themenöffnung zählt auch die Einführung des Bürgerentscheidrechts in den Landkreisen. Wichtige Themen, wie Nahverkehr, Müllentsorgung oder Krankenhäuser sind dort angesiedelt. Daneben fordert der Verein noch die Abschaffung bzw. zumindest die Absenkung des Zustimmungsquorums auf 10 bis 20 Prozent wie in Bayern. Zustimmungsquoren verhindern nach Ansicht des Vereins die öffentliche Debatte, weil die Gegner eines Bürgerbegehrens darauf setzen können, dass nicht genügend Menschen zur Abstimmung gehen. Auch

die Verlängerung der Frist für Bürgerbegehren gegen Gemeinderatsbeschlüsse von vier auf acht Wochen wäre eine Verbesserung. Die Bürgeraktion verspricht sich vom Ausbau der direkten Demokratie mehr Identifikation der Bürger mit dem Gemeinwesen und weniger Politikverdrossenheit.

Erstmals wurde auf der Bilanzpressekongferenz auch die „Demokratiegurke des Jahres“ vergeben. Mit dieser „Auszeichnung“ sollen Personen und Gruppierungen gewürdigt werden, die die direkte Bürgermitsprache in Baden-Württemberg eingeschränkt oder behindert haben. Als Preisträger für das Jahr 2002 wählte der Landesvorstand des Karlsruher Oberbürgermeister Heinz Fenrich (CDU) für den Bürgerentscheid über den Stadtbahntunnel in Karlsruhe aus. Bei diesem wurde die Frage nach dem Stadtbahntunnel, den nur wenige wollten, verknüpft mit einem Autotunnel, den alle wollten, obwohl diese beiden Fragen nicht zwingend miteinander verknüpft waren. Besonders ausschlaggebend für die Preisverleihung war aber die einseitige Informationspolitik der Stadt. Über 400.000 Euro investierte die Stadtverwaltung in einer aufwendigen Werbekampagne für die Tunnellösung. Von Seiten der Stadt wurde den Gegnern dieser Lösung dagegen keinerlei Angebote gemacht, ihre Informationen an den Mann und die Frau zu bringen.

Dass es auch anders geht, zeigen die Beispiele Konstanz (Bürgerentscheid Katamaran 2001) und Reutlingen (Bürgerentscheid Kongress- und Kulturzentrum 2002). In Konstanz wurden die Bürger immerhin mit einem Abstimmungsheft über die unterschiedlichen Meinungen von Befürwortern und Gegner im Rat aufgeklärt, in Reutlingen wurden die Argumente der Gegner mit den städtischen Publikationen verteilt.

Vorbildlich in diesem Bereich ist die Schweiz, in der bei jeder Abstimmung jeder Haushalt ein Heft mit den wichtigsten Argumenten von Parlament, Regierung, aber auch der Initiativen enthält.

www.mehr-demokratie.de/bw/



Klaus Wolf im Karlsruher Rathaus bei der Übergabe der Demokratiegurke 2003. – Oberbürgermeister Heinz Fenrich lehnte den Preis ab und verweigerte die Annahme.

ver.di begrüßt Reformmodell für Gewerbesteuern.

BERLIN. ver.di-Chef Frank Bsirske begrüßte am 11. März 2003 das von Nordrhein-Westfalen und den kommunalen Spitzenverbänden überarbeitete Reformmodell für die Gewerbesteuer. Dieses sieht vor, die Bemessungsgrundlage weiterhin durch eine stärkere Hinzurechnung von Zinsen, Mieten, Pachten und Leasinggebühren zu erweitern. Es könne nicht darum gehen, die Gemeindefinanzreform erneut zu einer Senkung der Unternehmenssteuern zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger zu instrumentalisieren, erklärte Bsirske. Mit ihrem Vorstoß hätten die Vertreter der Kommunen zusammen mit dem Land Nordrhein-Westfalen einen praktikablen Vorschlag gemacht, der zugleich Rücksicht auf den Mittelstand nehme. „Ziel der Reform muss sein, die Gemeindesteuereinnahmen zu stabilisieren und finanz- und strukturschwache Gemeinden zu stärken“, betonte Bsirske. Andere Modelle wie z. B. das des BDI können diese Ziele nach mehrheitlicher Meinung nicht erreichen. Kapitalgesellschaften würden hierdurch entlastet werden, während die Arbeitnehmer zu noch mehr Steuern herangezogen würden. Auch das DIHK-Modell sei ungeeignet, weil es im Grunde auf die Fortführung einer rein gewinnabhängigen Gewerbeertragsteuer hinauslaufe.

www.verdi.de

Rücknahme der neuen Postagenturverträge.

BERLIN. Das fordert der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Für die Städte und Gemeinden sei es nicht hinnehmbar, dass mit den neuen Verträgen die Vergütungen für die Postagenturen deutlich abgesenkt werden sollen. Das bedeute für zahlreiche Posteinrichtungen im ländlichen Raum das Aus. Die vorprogrammierte Ausdünnung der Postinfrastruktur führe jedoch nicht nur zu einer Unterversorgung mit Postdienstleistungen im ländlichen Raum, sondern auch zu weiteren Einbußen an Lebensqualität. Schließlich seien Postagenturen häufig ein zusätzliches wirtschaftliches Standbein kleiner Einzelhandelsgeschäfte, deren Wegfall das Weiterbestehen dieser Dorfläden in Frage stellt. Es könne nicht angehen, dass mittlerweile Kommunen zunehmend gezwungen wären, Postagenturen in Eigenregie zu betreiben, um eine angemessene Versorgung mit Postdienstleistungen für ihre Bürger aufrecht zu erhalten.

www.dstgb.de

Privatisierung von Grünanlagen?

HAMBURG. Umweltsenator Rehaag (Schill-Partei) hatte Sponsoren dazu aufgerufen, verschiedene Projekte zur Wiederherstellung und Sanierung von Hamburger Grünanlagen zu unterstützen. Wegen der „notwendig gewordenen Einsparungen“ stünden den Gartenbau-

abteilungen der Bezirke heute 25% weniger Mittel zur Verfügung als noch vor 10 Jahren. Der NABU Hamburg kritisiert: Dies komme einer Privatisierung der Grünanlagen gleich. Er wirft dem Senat vor, dass für industrielle Großprojekte immense Geldbeträge bereit stehen, aber für die Pflege und Unterhaltung der öffentlichen Grünanlagen offenbar kein Geld mehr übrig ist. Der NABU fordert den Hamburger Senat auf, endlich seinen gesetzlichen Auftrag wahrzunehmen und für vernünftige Umweltbedingungen in der Stadt zu sorgen, anstatt für industrielle Großprojekte als Sponsor aufzutreten. Nach Ansicht des NABU ist dies kein „Betriebsunfall“, sondern Teil einer systematisch fehlgelenkten Politik, die immer neue Großprojekte aus dem Hut zaubert, auch wenn absehbar ist, dass die Zuschüsse aus der Staatskasse nicht zurückfließen werden. „In die gleiche Kategorie gehört auch die immer wieder aufgewärmte Diskussion um den Transrapid und ähnliche Vorhaben“, so der NABU-Chef.

www.nabu-hamburg.de

Arbeitslosenhilfe: BERLIN. Der Deutsche Städtetag hat die Pläne der Bundesregierung für eine Reform bei der Arbeitslosenhilfe als „einen Schritt in die richtige Richtung“ bezeichnet. Allerdings müssten die neuen Leistungen arbeitsfest sein und es dürfe nicht zu größeren Verschiebungen von Langzeitarbeitslosen zwischen Bundesanstalt für Arbeit und Kommunen kommen. Hauptgeschäftsführer Articus betonte, dass es letzten Endes auch ein Ziel der Neuordnung sein müsse, die Kommunen von Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit zu entlasten. Die Städte seien aber weiterhin bereit, in den Job-Centern Leistungen für Langzeitarbeitslose zu erbringen.

www.staedtetag.de

Kommunalpolitische Europa-Konferenz.

FRANKFURT A.M. Die Fraktion der PDS im Stadtparlament Frankfurt am Main führt am 3. und 4. Mai 2003 eine kommunalpolitische Europa-Konferenz im Öko-Haus, Kasseler Str. 1a, 60486 Frankfurt/Main, durch, zu der sie kommunalpolitische Mandatsträger und Mandatsträgerinnen aus Ost und West herzlich einlädt. Das Thema lautet: Von der fremdbestimmten und finanziell ausgebluteten Kommune der Gegenwart zur selbstbestimmten sozialen und solidarischen Bürgerkommune in einem Vereinigten Europa. Perspektiven einer modernen linken Kommunalpolitik.

Zu dieser Konferenz sind Vertreterinnen und Vertreter linker europäischer Parteien aus den Kommunalparlamenten von Partnerstädten Frankfurts eingeladen: Barcelona, Lyon, Birmingham, Mailand, Krakau, Leipzig.

Zusammenstellung. ulj



Bitteres Geschenk zum Frauentag:

Kolumbianische Blumenfarm entlässt Gewerkschafterinnen

Der internationale Frauentag am 8. März soll der Förderung der Rechte von Frauen dienen. Derweil verletzt der größte kolumbianische Blumenlieferant für den deutschen Markt die Rechte seiner Arbeiterinnen. Drei Blumen-Frauen wurden auf der Großplantage Benilda entlassen. Ihr „Vergehen“: Mitgliedschaft in einer unabhängigen Gewerkschaft. „Die Importeure müssen ihre Verantwortung gegenüber den Menschenrechten der Blumen-Frauen ernster nehmen als bislang,“ fordert Frank Braßel, Koordinator der Blumen-Kampagne von Brot für die Welt, FIAN und terres des hommes.

Auf der Farm in der Hochebene von Bogotá arbeiten 1 400 Beschäftigte, in der Mehrzahl Frauen. Ein Drittel der Rosen und Nelken wird nach Deutschland exportiert. Seit Anfang 2001 gibt es einen heftigen Arbeitskonflikt; zwei Dutzend Mitglieder der Basisgewerkschaft Untraflores wurden gefeuert. Ende letzten Jahres hatte ein Gericht die Kündigung von Gladys Garcia, Soraida Murillo und Marleny Murillo als unrechtmäßig verurteilt, da sie als Vorstandsmitglieder der Gewerkschaft Kündigungsschutz genießen. Recht haben und Recht bekommen sind in Kolumbien zweierlei. Ende Februar entließ das Management die drei Arbeiterinnen erneut.

„Dies ist leider ein typischer Fall. In Kolumbien sind im vergangenen Jahr mehr als 170 Gewerkschafter ermordet worden. In den Blumenplantagen sind freie Gewerkschaften faktisch nicht zugelassen,“ erläutert Frank Braßel, der die Benilda-Farm selbst besucht hat. Die Blumen-Kampagne von Brot für die Welt, FIAN und terres des hommes richten sich nun an den deutschen Hauptimporteur Florimex und den Großhandelsverband BGI. Die deutschen Importeure fördern derzeit aktiv den Verkauf kolumbianischer Blumen. „Wir würden uns einen ebenso aktiven Einsatz für die Menschenrechte der Blumenarbeiterinnen in Kolumbien wünschen, zum internationalen Frauentag und darüber hinaus.“ In dem lateinamerikanischen Land erwirtschaften 60 000 Beschäftigte im Jahr mehr als 600 Millionen Dollar Erlöse mit dem Blumenexport.

In Sachen Ladenschluss

Der gegenwärtige Stand des Verfahrens: Auf Treiben der FDP (Drucksache 15/106) startete eine Initiative zur völligen Freigabe der Öffnungszeiten an Werktagen. Die CDU/CSU (Drucksache 15/193) forderte dass Sonn- und Feiertage zu schützen seien. Die SPD beantragte schließlich (Drucksache 15/396), die Ladenöffnungszeiten für alle Werktage einschließlich Samstag von 6 Uhr bis 20 Uhr freizugeben. Letzten Montag war eine Expertenanhörung. Die Argumente der Bundestagsfraktionen bewegen sich auf *extraordinär niedrigem Niveau. Sie alle gehen von einer „Veränderung der Verbrauchergewohnheiten“ aus.*

Da das Ladenschlussgesetz gilt, reden sie dabei bloß von der Möglichkeit eines künftigen Verhaltens, also von Hirngespinnem. Ganz schön absurd ist auch der Versuch namentlich der FDP, die Markt-Freiheit der Auswahl eines Artikels mit der Öffnungszeit des Ladens zusammenzubringen. Richtig: Vor geschlossenem Laden ist das Geld nix wert. Wahr aber auch: Es kommt eine andere Stunde. Wichtig bleibt: Käufer müssen wissen, zu welchen Zeitpunkten sie geöffnete Läden vorfinden. Bei den Ladenöffnungszeiten geht es nicht um die Wahlfreiheit auf dem Markt, sondern um die organisatorisch-technische

Sehr lesenswert die Stellungnahme von ver.di (auf www.verdi.de) zur Anhörung. Weit von entfernt von Einseitigkeit werden in dieser Stellungnahme die gesellschaftlichen Bezüge des Problems und absehbaren Folgen der Lösungsansätze für die Allgemeinheit dargestellt. Das Dokument, 17 S./A4, *.pdf, ist in 9 Kapitel gegliedert: 1. Die Auswirkungen der Verlängerung der Ladenöffnungszeiten. 2.

Ladenschluss: ver.di zur Auswirkung des Gesetzesvorhabens auf Verbraucher- und Konsumentenverhalten

Im Vordergrund der Diskussion um die Ausdehnung von Ladenöffnungszeiten wird seit Jahren immer wieder das vermeintliche Interesse der VerbraucherInnen bemüht und die mangelnde Dienstleistungsbereitschaft des Einzelhandels auf die Öffnungszeiten reduziert.

Richtig ist, dass nach wie vor nur eine Minderheit der Bevölkerung die Ausdehnung von Ladenöffnungszeiten für erforderlich hält. 1999 hatten tatsächlich nur 16 % der VerbraucherInnen die damals verlängerten Öffnungszeiten in Anspruch genommen. Bei einer Verlängerung der Öffnungszeit an Samstagen in den Abend hinein steht der Konsum als Alternative zum gemeinsamen Samstagabend in der Familie, mit FreundInnen, zum Kinobesuch oder zum kulturellen Ereignis. Es ist davon auszugehen, dass nur ein kleiner Teil der Bevölkerung die beabsichtigte Ausweitung der Einkaufsmöglichkeiten nutzen wird.

Verbraucherinnen und Verbraucher haben an den Einzelhandel verschiedene und vielfältige Erwartungen:

SPD am Gängelband der FDP

Seite des Prozesses. Gesamtgesellschaftlich geht es um einen Rationalisierungsprozess. Gehen wir ruhig mal davon aus, dass Einkaufen auch ein Vergnügen sei. Dann kommt es darauf an, den technischen Aufwand, d.i. Offen-Halten des Lokals auf der einen, An- und Abfahrt bzw. -transport auf der anderen Seite, möglichst kostengünstig und unproblematisch zu arrangieren, damit die Ware preiswert sein kann und viel Zeit für die schaulustige Auseinandersetzung mit dem Angebot bleibt. Schließlich ist, was man so leichthin Lebensgewohnheit nennt, ein komplexes Produkt aus mehr oder weniger freien Entscheidungen und mehr oder weniger harten, ad hoc nicht veränderlichen Gegebenheiten, Zwängen. Die Konservativen und Liberalen behaupten, die Gestaltung der Öffnungszeiten könnte selbst durch Marktentscheidungen zustande kommen. Das wäre der denkbar, wenn das Publikum Öffnungszeiten selber als Ware kaufte. Tatsächlich geschieht aber beim Aufschließen des Ladens folgendes: Der private Raum des Anbieter wird für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht, er wird damit Teil des öffentlichen Raumes, in dem sich der Ladenbesitzer manches (nicht alles) gefallen lassen muss. Die Verschränkung der Ladenöffnungszeiten mit dem öffentlichen

Auswirkungen der Streichung der Ausnahmeregelungen. 3. Auswirkungen auf die Beschäftigten. 4. Auswirkungen auf die Beschäftigung. 5. Auswirkungen auf den Handel. 6. Auswirkungen auf die Innenstädte. 7. Europäischer Vergleich. 8. Auswirkungen auf Verbraucher- und Konsumentenverhalten. 9. Notwendigkeit einer bundeseinheitlichen Regelung. Wir dokumentieren den Punkt 8:

- Eine differenzierte wohnortnahe Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs
- Großflächige Einkaufsgelegenheiten
- Möglichkeiten zum Erlebniseinkauf
- Servicequalität und fachliche Beratung
- kostengünstige und niedrige Preise, gute Qualität der Waren
- Transparenz und Zuverlässigkeit über die Öffnungszeiten
- Unter Umständen auch längere Öffnungszeiten

Ausgewogenheit, Vielfalt, wohnortnahe Versorgung, niedrige Preise, Erlebniseinkauf und längere Öffnungszeiten stehen angesichts der realen Entwicklung und Erfahrungen in einem Zielkonflikt. All diese Anforderungen an den Einzelhandel lassen sich nicht gleichermaßen realisieren. Längere Öffnungszeiten tragen wesentlich dazu bei,

- dass die Vielfalt und Ausgewogenheit des Einzelhandels und das wohnortnahe Warenangebot erheblich zurückgegangen ist,
- dass im Verdrängungswettbewerb die

FDP im Originalton: **Raum für Gestaltungsfreiheit schaffen** – Zu Beginn des 21. Jahrhunderts befindet sich Deutschland in tiefen gesellschaftspolitischen Umbrüchen. Geänderte Arbeitsstrukturen, flexiblere Arbeitszeiten sowie eine ständig wachsende Mobilität haben auch bei Verbrauchern zu veränderten Lebens- und Konsumgewohnheiten geführt. Das Gesetz über den Ladenschluss vom 28. November 1956 hält diesen veränderten Anforderungen längst nicht mehr stand. Bereits die am 1. November 1996 geringfügig erweiterten Ladenöffnungszeiten sind von den Konsumenten zwar positiv aufgenommen worden, führten aber in vielen Branchen nicht weit

genug. Die veränderten Lebensgewohnheiten und Bedürfnisse der Kunden decken sich nicht mehr mit den bestehenden Regelungen. Gebote der Stunde sind daher: Bürokratie konkret abbauen, Staat zurückführen und Freiräume für individuelle Gestaltungsmöglichkeiten schaffen! Auf diese Entwicklung kann nur mit der völligen Freigabe der Ladenöffnungszeiten an Werktagen reagiert werden. Der Schutz der Sonn- und Feiertage sowie von Heiligabend und Silvester im Rahmen der verfassungsrechtlichen Regelung fällt nach Aufhebung des Ladenschlussgesetzes den Ländern zu. Sie können den regionalen Besonderheiten besser gerecht werden als der Bund.

Raum macht die Ladenöffnungszeiten zu einer öffentlichen Angelegenheit, bei der es angebracht ist, die verschiedenen Interessen per Gesetzgebung in Bahnen zu zwingen, so wie – um auch mal kräftig zu übertreiben – die ganz leichte Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch das Verbot, mit Fahrzeugen die linke Fahrbahnseite zu benutzen, die Sache wert ist. Warum nur der Wirbel?

Von Seiten der Konservativen und Liberalen geht es bei dem Kampf um die Deregulierung der Öffnungszeiten um ein Experiment. Sie wollen die strukturierende Gewalt der Gesetze in diesem Bereich zurückdrängen und der strukturierenden Macht der zahlungskräftigen Nachfrage

Raum geben. Es geht dabei um die Gestaltung öffentlichen Raums. Weit davon entfernt, für die Allgemeinheit die Gelegenheiten zu Lauf und Kauf zu bessern, geht es um den Ausschluss der weniger zahlungskräftigen von der Gestaltung der Marktordnung, sie müssen ihre Lebensgewohnheiten dann dementsprechend einrichten.

Es geht also nicht so sehr darum, dass die Lebensgewohnheiten sich geändert hätten, sondern dass eine Änderung der Lebensgewohnheiten erzwungen werden soll. Das ist für die Beschäftigten unverkennbar, aber es trifft auch die vielen Einzelnen und ihre demokratischen Handlungsmöglichkeiten. (maf)



20 000 am 9.3. in Berlin

Großvertriebsformen und im Preiskampf vor allem die Discounter mit wenig Personal profitieren,

- dass im Einzelhandel immer seltener qualifiziertes und motiviertes Personal arbeiten kann, und VerbraucherInnen immer seltener die Chance haben, sich wohnortnah mit Lebensmitteln und Waren des täglichen Gebrauchs zu versorgen, fachkundig beraten zu werden oder im Laden eine Person ansprechen können. Längere Öffnungszeiten am Samstag stellen den Erlebniseinkauf zu Lasten des Versorgungseinkaufs in den Vordergrund, obwohl der Versorgungseinkauf bei weitem den größten Anteil am Einzelhandel hat. Großen Bevölkerungsteilen mit niedrigen Einkommen fehlen hierfür die finanziellen Mittel. Massenarbeitslosigkeit, Streichungen bei Sozialleistungen, höhere Belastungen für den Einzelnen lassen die für den Konsum verfügbaren Einkommen weiter sinken. Aber auch jene finanziell besser gestellten Bevölkerungsschichten werden nicht mehr Geld für Konsum ausgeben.

Der Versorgungsaspekt in unmittelbarer Nähe wird ignoriert, obwohl hier der

Handlungsbedarf groß wäre. Die Anzahl der Läden kleinerer Vertriebsformen insbesondere des Lebensmitteleinzelhandels ist im Jahr 2001 um weitere 2,9 % zurückgegangen. Ganze Landstriche sind hier „unterversorgt“, während große Überkapazitäten auf der grünen Wiese und Einkaufszentren bestehen und weiter ausgedehnt werden. Dieses ökonomische und gesellschaftliche Strukturproblem verschärft sich durch längere Öffnungszeiten am Samstag. Der „Preis“, den die VerbraucherInnen für längere Öffnungszeiten zahlen, ist hoch. VerbraucherInnen „bezahlen“ längere Öffnungszeiten mit massivem Personalabbau und damit schlechterer Bedienung und Beratung sowie mit einem weiteren Ladensterben. Das Interesse an mehr „Dienstleistung“ durch längere Öffnungszeiten wendet sich in eine Richtung, die von den Verbrauchern gar nicht gewollt ist und verkehrt sich ins Gegenteil. Hier sehen wir Handlungsbedarf bei der Aufklärung von VerbraucherInnen und Verbrauchern, die – abgesehen von BSE-Krise und anderen Skandalen – immer schnell verstummt. www.verdi.de

Schröder verspricht Arbeitgebern einschneidende „Reformen“. FAZ, Mittwoch, 5.3.03. BDA-Präsident D. Hundt berichtete vom Spitzengespräch mit Kanzler Schröder, der Kanzler habe „sehr deutlich gesagt, daß er Strukturreformen präsentieren wird, die zu Heulen, Zähneklappern und einem Aufschrei an verschiedenen Stellen führen werden“. Er hoffe, dass sich der Kanzler in seiner Regierungserklärung zu einem „großen Wurf“ durchringe.

Innovationsdynamik deutscher Unternehmen lässt nach. HB, Mittwoch, 5.3.03. Die Zahlen des Stifterverbandes für die Deutsche Wirtschaft „unterstreichen ... : Deutschland verliert in Forschung, Entwicklung und Innovation an Boden“, so C. Kreklau, BDI-Geschäftsführer. Während in der zweiten Hälfte der 90er Jahre die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) jährlich um 8 bis 9 % zulegten, ist das Plus seit dem Jahr 2000 auf 1,7 % 2002 kontinuierlich zurückgegangen. Insgesamt investierten deutsche Unternehmen nur knapp 45 Mrd. Euro in (FuE). In den USA, Japan oder Finnland liegt der Anteil der Ausgaben der Unternehmen für FuE deutlich über 2%, in Deutschland nur bei 1,75 % des Bruttoinlandsproduktes. Der BDI fordert, die Staatsausgaben vom Konsum zu Zukunftsinvestitionen in FuE umzusteuern.

Privatisierung von Dienstleistungen durch Gats. HB, Freitag/Samstag, 07./8.3.03. G. Schall, BDI, hat kein Verständnis für die Einwände der Globalisierungskritiker wie Attac, dass durch Gats Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge durch die Hintertür privatisiert werden sollen. Wenn Staaten Energie- oder Wasserversorgung in eigener Regie betreiben wollten, sei das deren souveräne Entscheidung. Nur wenn hier Wettbewerb zugelassen werde, solle auch für ausländische Anbieter der Gleichheitsgrundsatz gelten.

Deutsch-arabischer Handel blüht im Schatten der Irak-Krise. Bereits heute sind die Vereinigten Arabischen Emirate das wichtigste Tor der deutschen Wirtschaft in die Wachstumsmärkte am Golf. Exportierten deutsche Firmen 1996 noch 1,1 Mrd. Euro, haben sich die Verkäufe bis 2001 auf 2,88 Mrd. Euro fast verdreifacht. „Unsere Mandanten sind sich der nicht ganz einfachen Lage bewusst, haben ihre Investitionstätigkeit nicht heruntergefahren“, so der Leiter des Dubaier Büros von Schlüter, Graf & Partner, einer Anwaltskanzlei, die deutsche Unternehmen berät, die in den Emiraten Fuß fassen wollen.

Presseauswertung: rst

Der Bundesparteirat der PDS

befafte sich am 1.3.03 mit den Aktionen gegen den drohenden Irak-Krieg. Grundlage der Diskussion war ein Bericht von Wolfgang Gehrcke, außenpolitischer Sprecher des PDS-Bundesvorstandes, über die aktuellen, weltweiten Friedensbemühungen.

Die vielschichtige Bewegung habe als gemeinsamen Nenner das Ziel: Kein Krieg im Irak und sei deshalb besser als Anti-Kriegsbewegung denn als Friedensbewegung zu charakterisieren. Ein Krieg sei allerdings weiterhin sehr wahrscheinlich, obwohl, so Gehrcke, die USA die „Meinungsführerschaft“ sowohl in der UNO und im Weltsicherheitsrat als auch in der öffentlichen, weltweiten Diskussion verloren haben. Aus dieser Situation heraus würde die Konkurrenz zwischen den USA und Europa größer.

Ein größere Rolle in der anschließenden Aussprache im Parteirat spielte die von Gehrcke angesprochene Tatsache, dass die PDS in Deutschland zwar weiterhin eine wichtige Kraft in der Anti-Kriegsbewegung sei, aber eben nur eine Kraft. Die PDS müsse in dieser Situation „ein eigenes Gesicht“ entwickeln und Impulse und Anstöße geben.

Worin diese gegenüber der allgemeinen Bewegung liegen könnten, blieb unscharf, obwohl über viele Friedensaktivitäten der PDS vor Ort berichtet wurde. In einem Betrag wurde darauf hingewiesen, dass es Aufgabe der PDS sein müsste, die Bundesregierung gerade dort zu kritisieren, wo sie sich nicht von den Kriegszielen der USA abwende. Leider finde man bisher in der Friedensbewegung nur selten Kritik daran, dass die BRD gemeinsam mit ihren Verbündeten die nächsten Kriegsziele der USA – Entwaffnung des Irak, Neuordnung des Nahen Ostens – teilt. Einen Krieg zur Durchsetzung der Ziele schließt auch die Bundesregierung nicht grundsätzlich aus, sondern nur aktuell aus taktischen Erwägungen. In dieser Gemengelage besteht die Gefahr, dass rechte Kräfte Einfluss auf die Friedensbewegung nehmen und ihr antiamerikanischen Süppchen kochen.

In seinem Schlusswort markierte Gehrcke eine solche Position als Differenz zu seinen Auffassungen und hielt daran fest: Das Wichtigste sei, dass die Bundesregierung kriegsrische Mittel gegen den Irak weiter ablehne.

Im Weiteren befasste sich der Parteirat mit der angelaufenen Programmdebatte. Einigkeit bestand, dass die Diskussion nicht nur parteiintern geführt werden sollte, sondern mit anderen fortschrittlichen Kräften – auch wenn durch die späte Vorlage des Entwurfs durch den Parteivorstand der Zeitdruck hoch ist. Verschiedentlich wurde bedauert, dass der Kommunalpolitik im Pro-

grammentwurf von den Verfassern kein höherer Stellenwert eingeräumt wurde. Die vorliegende Finanzplanung 2003 der PDS wurde mit großer Mehrheit verabschiedet. Der verstärkte Finanzausgleich zu Gunsten der westlichen Landesverbände war fast unstrittig. Der Vertreter der Reformlinken fand mit seiner auf Gängelung der Landesverbände zielenden Forderung nach einer mehr projektabhängigen Förderung kaum Unterstützung.

Gabriele Giesecke

Neben Gabi Zimmer hat **Hans Modrow bei der Vorstellung des Programmwerfes** einige nachdenkliche, aber auch anregende Vorschläge für die Diskussion gemacht. Wir dokumentieren:

„Erstens: Dieser Entwurf ist anders als vorherige Ansätze als ein Angebot für eine wirkliche Programmdebatte geschrieben worden. Zweitens: Die verschiedenen Diskussionen, Vorschläge von Arbeitsgruppen und kritischen Hinweise haben stärkere Beachtung gefunden. Damit scheint mir die Basis einer weiteren konstruktiven Arbeit gegeben. (...)“

1. Worüber auch immer gesprochen wird – stets geht es um die Werte einer Gesellschaft, um eine Wertegesellschaft. Der vorliegende Programmentwurf hingegen hebt auf eine Gütergesellschaft ab. Ob wir uns so in die Debatte der gesamten Gesellschaft mit unseren Standpunkten klar, entschieden und unverwechselbar einmischen können, gilt es zu prüfen. Die Wertedebatte war und ist nicht nur eine christliche Sicht, sondern auch Element marxistischer Betrachtungsweise.

2. Die Frage Krieg-Frieden hat gewiss sehr viel mit dem Bewusstsein und den Haltungen von Menschen zu tun, und dies vor allem, wenn es um die Mobilisierung von breiten Volksmassen geht. Doch dabei sollte man immer berücksichtigen, dass es vorrangig um Interessen geht – macht- und geopolitische, wirtschaftliche und finanzielle. Auch angesichts eines gewaltigen, von vielen Millionen Menschen getragenen Protests gegen den Irak-Krieg erklärt Bush, dass ihn das nicht beeindrucken könnte, die USA ließen sich ihre Politik nicht von anderen, auch nicht von der UNO, vorschreiben. In der Innen- und Außenpolitik gleichermaßen versagend, setzt er auf Krieg und will die Vormachtstellung der einzigen Weltmacht im gegenwärtig sensibelsten Raum – vom Nahen Osten über die Kaukasusregion bis nach Zentralasien – geostrategisch festigen und ausbauen. Das ist Imperialismus. Bürgerliche Intellektuelle haben wenig Hemmungen, das Kind so beim Namen zu nennen. Ich meine, dass es unsere Verantwortung ist, auch in diesem Punkte deutlicher zu werden.

3. Kapitalistischer Markt – ob er Markt pur, sozial oder freiheitlich genannt wird – ist von einem einzigen Gesetz diktiert, das jeder befolgen muss, der sich darauf bewegen will: Profit, mehr Profit, Maximalprofit. Der Anspruch auf Werte kommt hier genau so unter die Räder wie die Einhaltung von ethischen Normen. Wir sollten uns gelegentlich an die Bemerkung von Marx in „Kapital“ erinnern. Daran ist die EU mit ihrer neoliberalen Politik genau so beteiligt wie die nationalen Staaten. Der sogenannte Transformationsprozess in den Beitrittsstaaten Mittel- und Osteuropas diene der gleichen Zielstellung. Wir haben Erkenntnisse und Überlegungen dazu im Entwurf formuliert, wir sollten dies aber fortschreiben und vertiefen.

4. Eine andere Welt ist nötig und möglich, stellen wir fest. In der Welt vollziehen sich aber immer noch Prozesse, die alle negativen Momente der Globalisierung von der Aushöhlung der Demokratie und dem Zerfall gesellschaftlicher Strukturen über Hunger und Armut bis zum Aufflammen neuer Konflikte mehr stärken als abschwächen. Das Weltsozialforum von Porto Alegre steht nicht nur symbolisch gegen das Weltwirtschaftsforum von Davos, sondern zeigt die tiefen Widersprüche dieser Realitäten. Lasst uns auch hier weiterdenken und diskutieren. Lasst uns vor allem gerade jetzt noch entschlossener mit breiten Bündnissen handeln.

5. Die PDS sollte sich in ihrer programmatischen Aussage klarer und deutlicher als Teil einer europäischen Linken verstehen und dafür und darin wirken. Andere politische Bewegungen vereinen ihre Kräfte und werden diesen Vorteil schon bei den Europawahlen 2004 ausspielen.

6. Eine kritische Sicht auf die Geschichte der DDR ist genauso notwendig, wie sich dem Zeitgeist ihrer Betrachtung in dieser Gesellschaft entgegenzustellen.

Mehr lässt die Zeitvorgabe nicht zu, deshalb ein abschließendes Wort: Wir stehen am Anfang einer anspruchsvollen Debatte, von der ich mir wünsche, dass vor allem die Parteibasis sie annimmt. Es geht aber um mehr als das. Die Programmdebatte kann und muss mithelfen, das Profil der Partei zu schärfen; doch die Probe aufs Exempel ist, wie sich die PDS im Alltag der Bürger bewegt und bewährt. Verbinden wir deshalb die Debatte mit der vielfältigen Arbeit für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Dann werden wir Wählerinnen und Wähler für uns gewinnen. Daran wird ein neuer Aufbruch der PDS zu messen sein.

Zusammenstellung: jöd

Freiburger Fahrpreiskämpfe von 1968

Das Archiv für soziale Bewegungen in Freiburg, wird im kommenden April eine Multimedia CD-ROM über die Fahrpreiskämpfe in Freiburg 1968 veröffentlichen. Auf dieser CD werden Flugblätter, Presseschnipsel, Filmausschnitte, Photos und Interviews mit führenden Protagonisten der damaligen Kämpfe zu finden sein. Da viele Aktivisten von damals sich inzwischen in alle Winde verstreut haben, also hiermit der Aufruf an alle, die damals in Freiburg waren, die alten verstaubten Ordner und Pappkartons bitte durchwühlen und darauf prüfen, ob noch Material von damals darinnen ist. Im folgenden noch ein kleiner Überblick zur damaligen Situation.

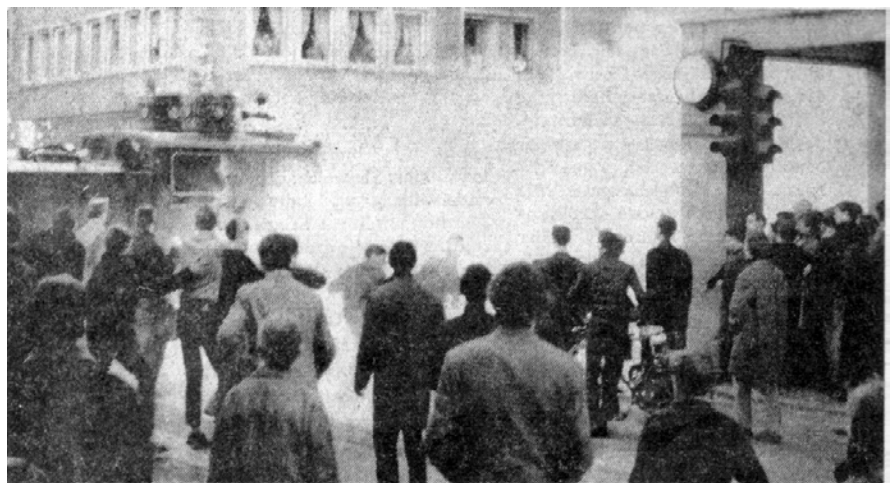
Ein politisches Großereignis war der Auftakt für die Freiburger Fahrpreisdemonstrationen. Der Liberale Studentenbund (LSD) hatte Rudi Dutschke, den prominenten Sprecher des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) Ende Januar 1968 zu einer Diskussionsrunde mit FDP-Bundespolitikern eingeladen. Anlass war der Bundesparteitag der FDP in der Freiburger Stadthalle. Die Diskussion wurde zwar in letzter Minute abgesagt, aber Dutschke kam dennoch. LSD und SDS hatten nun zu einer Kundgebung unter dem Motto „Fürchtet die FDP die Diskussion?“ vor die Stadthalle mobilisiert. Einzig der Soziologie-Professor und FDP-Politiker Ralf Dahrendorf fand sich zu einem Streitgespräch mit Rudi Dutschke auf einem Autodach bereit. Etwa 3000 Kundgebungsteilnehmer und Neugierige verfolgten die Prominenten-Diskussion.

Der Besuch des „SDS-Ideologen Rudi Dutschke“ (BZ, 29.1.1968) und Nachrichten aus Bremen über erfolgreiche Proteste gegen Fahrpreiserhöhungen waren die Initialzündung für die Revolte der Freiburger Schüler und Studenten. Denn auch hier hatte der Gemeinderat beschlossen, die Fahrpreise für Bus und Straßenbahn zum 1. Februar 1968 um bis zu 40% zu erhöhen. Gleichzeitig fielen die bis dahin vom Land gezahlten Schülerfreifahrten weg.

Nur wenige Tage, nachdem die Zeitungen über Krawalle in Bremen berichtet hatten, wandten sich die Freiburger Verkehrsbetriebe besorgt an die Stadtverwaltung. In einem Schreiben der Stadtwerke ans Bürgermeisteramt hieß es, es wäre „wohl nicht anzunehmen, dass in Freiburg die Schüler und Lehrlinge den Betrieb [des Verkehrs] stören werden“. Dennoch wollte die Direktion der Verkehrsbetriebe, bereits in bester Fastnachts-Laune, auf alles vorbereitet sein: „Man könnte hier die bevorstehende Faschingszeit ausnutzen: Wenn sich jüngere Menschen auf Schienen bzw. Straßen setzen nicht gleich Polizei, sondern Laut-

sprecherwagen mit moderner Tanzmusik. Kurze, launige Ansprache: Beim Sitzen auf der Straße frieren auch junge Leute. Wenn vor den Wagen getanzt wird, können diese auch nicht fahren. Dann Tanzmusik. Damit könnten Spitzen gebrochen und alles mehr in das Humorige verbogen werden.“ Das Ordnungsamt beurteilte die Lage etwas ernster, als die Kollegen der Verkehrsbetriebe und „wies eindringlich darauf hin, daß bei der Einführung der Tarifierhöhung auf 1. Februar mit Demonstrationen der Studenten zu rechnen sei. (...) Es bedürfe nur eines Anstoßes, um die Studenten zu entsprechenden Aktionen zu veranlassen.“ Eine knappe Woche vor der geplanten Einführung der neuen Straßenbahntarife, fand deshalb eine richtungsweisende Besprechung in der Stadtverwaltung statt. In Erwartung studentischer Proteste wurde

an „Dozenten und Studenten der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau“. Die Tarifierhöhungen der Verkehrsbetriebe seien „sozial nicht gerechtfertigt (...) Der StR nimmt zur Kenntnis, daß allein Demonstrationen und sit-ins in Bremen eine Reduktion der Fahrpreiserhöhung bewirken konnten.“ Daraus wurden grundsätzliche Forderungen abgeleitet: „Die Öffentlichkeit zahlt ja gerade dafür Steuern, um solche gemeinnützigen Einrichtungen zu finanzieren. Deshalb müssten in einer sozialen Demokratie die Benutzung von Straßenbahnen und Bussen gebührenfrei sein.“ Eine Aktionsgemeinschaft gegen Fahrpreiserhöhung verfasste einen Demonstrationaufruf für den 1. Februar. Darin wurde die Gemeinschaft der Betroffenen beschworen. „Wenn jetzt die Straßenbahnpreise erhöht werden sollen, dann sind



Der erste Einsatz eines Wasserwerfers in Baden-Württemberg während der Auseinandersetzung um die Fahrpreiskämpfe in Freiburg 1968.

der Termin zur Einführung der neuen Tarife in letzter Minute um genau einen Monat – und damit in die Semesterferien – verlegt. „Die Bekanntmachung an die Zeitungen und den Wochenbericht und die Entwürfe für redaktionelle Veröffentlichungen wurden mit der Begründung technischer Schwierigkeiten rückgängig gemacht“, heißt es dazu in einem internen Schreiben der Stadtverwaltung. Die zu diesem Zeitpunkt bereits festgelegte Linie wurde bis zur tatsächlichen Fahrpreiserhöhung am 1. März nicht wieder verlassen.

Als wenige Tage später tatsächlich die erste Fahrpreisdemonstration am Bertoldsbrunnen stattfand, haben Freiburg Schüler und Studenten endgültig die Bewegung für soziale Erneuerung aufgenommen und in die lokalen Auseinandersetzungen hineingetragen. Der Studentenrat (StR) richtete sich am Mittwoch, den 31. Januar, mit einem Flugblatt

die Betroffenen vor allem: Arbeiter, Rentner, Hausfrauen, Schüler und Studenten. Wieder einmal zahlt die breite Masse die Zeche: StR, die Arbeiter und Angestellten, WIR, die Schüler und Studenten.“ Zur ersten Freiburger Fahrpreisdemonstration kamen etwa 2000 Menschen, vor allem Schüler und Studenten. Um 13 Uhr versammelten sie sich am Bertoldsbrunnen. Die damals noch für den PKW-Verkehr offene Kreuzung wurde den ganzen Nachmittag über blockiert. Die Studierendenschaft war sich über die Aktionsform keineswegs einig. Ein ehemaliger AStA-Sprecher versuchte mit einem eigenen Lautsprecherwagen, die Demonstranten zur Mäßigung zu bewegen, während der SDS bemüht war, die Blockade aufrecht zu erhalten. Ein Stadtrat bemühte sich am Bertoldsbrunnen um Gespräche mit Demonstranten. Die aber bestanden darauf, mit dem Oberbürgermeister persönlich und zwar am Ber-

toldsbrunnen zu sprechen. Der stellte sich den Demonstranten allerdings nur auf dem Rathausplatz. Erst nachdem bekannt wurde, dass der Oberbürgermeister zugesagt hatte, die Fahrpreiserhöhungen erneut zu prüfen, wurden die Blockaden am Abend beendet. Der erste Demonstrationstag hatte somit Erfolge gezeigt. Die Tarifierhöhungen sollten überprüft werden, der Gemeinderat würde sich gleich in der nächsten Sitzung erneut mit dem Thema befassen, der Oberbürgermeister und andere Lokalpolitiker haben mit den Demonstranten auf der Strasse diskutiert. Um diesem Erfolg Nachdruck zu verleihen, vor allem aber um erneut zu bekräftigen, dass gar keine Erhöhungen geduldet würden, wurde für den folgenden Tag erneut zur Demonstration aufgerufen.

Am Dienstag, den 6. Februar, befasste sich der Gemeinderat wie versprochen mit der Fahrpreisgestaltung, blieb jedoch bei seinem alten Beschluss. Während der Debatte wurde vor dem Rathaus demonstriert. Die Schüler und Studenten empörten sich besonders darüber, dass die Sitzung des Gemeinderats nicht per Lautsprecher auf den Platz übertragen wurde, wie es einzelne Stadträte in Aussicht gestellt hatten. Sie fühlten sich als souveräne Diskussionspartner übergangen. Ihre Argumente wurden nicht in die Debatte einbezogen. Lapidar erklärte OB Keidel in der Sitzung „nochmals, daß keine neuen Sachargumente vorliegen, die eine erneute Beschlußfassung notwendig machen“. Die Aktionsgemeinschaft verfasste daraufhin ein wütendes Flugblatt: „Der Stadtrat hat uns bewußt provoziert, (...). Wenn der Stadtrat sich vom ‚Druck der Straße‘ distanziert, VERTRITT ER NICHT DIE INTERESSEN DER BEVÖLKERUNG!“ Für die Aktionsgemeinschaft gegen Fahrpreiserhöhungen war klar, was das für den folgenden Tag heißen musste. „Deshalb gibt es nur eins: AB HEUTE WIEDER 13:00 h BERTOLDSBRUNNEN!“ Die Stadtverwaltung betrachtete die Angelegenheit dagegen als erledigt. Am Tag nach der Gemeinderatssitzung, hat Bürgermeister Kiefer, zuständig für die öffentliche Ordnung, die Fortsetzung der Versammlung verboten. Die Polizei, inzwischen durch auswärtige Einheiten verstärkt, wurde angewiesen die, Straße zu räumen. Die Demonstranten bewegten sich daraufhin in Gruppen von einigen Hundert zwischen den Kreuzungen Bertoldsbrunnen, Siegesdenkmal und Stadttheater. Straßen wurden blockiert, bei Anrücken der Polizei wurde die Blockade langsam aufgegeben und an anderer Stelle fortgesetzt. Gegen diese Taktik konnten auch die an diesem Tag erstmals in Baden-Württemberg eingesetzten Wasserwerfer nichts ausrichten.

Während draußen Demonstranten und Polizei den Straßenkampf probten, versuchte der StR im Theatersaal der Alten Uni eine ordentliche Sitzung abzuhalten: von 11:05 Uhr bis nachts um 3:30 Uhr!



**So sieht nach
CDU-Ministerpräsident Filbinger
die Antwort auf den Protest
Freiburger Bürger gegen die
Fahrpreiserhöhung aus**

Quelle: Freiburger Extrablatt 1/68 vom 15.2.1968

Mehrfach wurde die Sitzung unterbrochen, „um mit der Staatsanwaltschaft über die Freilassung der inhaftierten Studenten (...) zu verhandeln“, oder um „Polizeirat Maier Gelegenheit zu geben, mit den anwesenden Studenten über die Demonstration am Mittwoch-Nachmittag zu diskutieren.“ Polizeirat (PR) Maier, seinerzeit Einsatzleiter bei den Fahr-

preis demonstrationen, „Demonstranten versuchten, das Amtsgericht zu stürmen.“ (Bild Zeitung) Es ist kennzeichnend für die Verunsicherung in der Gesellschaft, die Proteste in der Gesellschaft auslösten, dass die Stürmung des Knastes tatsächlich für möglich gehalten wurde. Die Studenten dachten dabei zu diesem Zeitpunkt noch nicht ernst-

preis demonstrationen, war aufgrund einer Schreckensnachricht in die Alte Uni geeilt. Im Polizeibericht heißt es dazu: „Gegen 01.30 Uhr erfuhren wir, daß dabei von 300 bis 400 Studenten beschlossen worden sein soll, noch in der Nacht die Haftanstalt am Holzmarktplatz zu ‚stürmen‘, wo noch festgenommene Demonstranten einsaßen.“ Als PR Maier in die Versammlung platzte, fand gerade eine ordentliche Abstimmung über den neuen AstA-Vorsitzenden statt. Die Demonstration zum Knast war zuvor in Geschäftsordnungsdebatten verhandelt worden. „Gegen 03.50 Uhr standen etwa 50 Versammlungsteilnehmer am Holzmarktplatz. Außer von einigen Ansätzen zu Sprechören fanden keine Ordnungsstörungen statt, ...“ so der Polizeibericht. Zeitungen berichteten anderes über diese Nacht: „rund 1000 Demonstranten versuchten, in das Amtsgefängnis einzudringen“ (Nationalzeitung), „Demonstranten versuchten, das Amtsgericht zu stürmen.“ (Bild Zeitung) Es ist kennzeichnend für die Verunsicherung in der Gesellschaft, die Proteste in der Gesellschaft auslösten, dass die Stürmung des Knastes tatsächlich für möglich gehalten wurde. Die Studenten dachten dabei zu diesem Zeitpunkt noch nicht ernst-

Das Archiv für Soziale Bewegungen

Seit 1983 sammelt das Archiv hartnäckig und ausdauernd Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren, Flugblätter, Fotos, Plakate, Transparente, Protokolle und Verlautbarungen aus Vergangenheit und Gegenwart der sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen; kurz: alles, was sonst irgendwann in den Papierkorb und damit in Vergessenheit geraten würde. Denn im Gegensatz zu Parteien, Behörden und anderen Institutionen gibt es gerade für die institutionell kaum verankerten sozialen Bewegungen keine offiziellen Stellen mit dem Auftrag, deren Geschichte zu bewahren. Und allzu leicht wird die sogenannte graue Literatur von der traditionellen Geschichtsschreibung ignoriert.

In den knapp 20 Jahren, seit denen das Archiv existiert, hat sich eine ungeheure Menge an Material angesammelt. Das Archiv kann den Nutzern und Nutzerinnen mit mehr als 100.000 Flugblättern, über 1.000 Zeitschriftentiteln, Hunderten von Plakaten, Photos usw. von und über soziale Bewegungen seit 1945 (vor allem im Raum Baden, aber auch darüber hinaus) dienen. Außerdem tritt es mit Dokumentationen, Analysen, Veranstaltungen usw. an die Öffentlichkeit.

Trotz der Fülle des Materials das im Archiv lagert, gibt es immer noch Lücken in den Beständen. Wenn es also noch Kisten in Speicher und Keller gibt, mit Broschüren und Flugblättern, Filmen, Tondokumenten usw. – hinein damit ins Archiv. Das Archiv befindet sich in:

Wilhelmstr. 15, 79098 Freiburg. Tel: 0761-33362, Fax: 0761-2024506, Mail: archiv-sozialebewegungen@gmx.de. Öffnungszeiten: Mittwoch 10–15 Uhr, Donnerstag 11–18 Uhr oder nach Vereinbarung.

haft an eine militante Herausforderung des Staates. Im Gegenteil. Sie beschwerten sich im nächsten Flugblatt, dass die Polizeieinsätze von ihren Argumenten und Forderungen ablenkten. „Durch Einsatz von Wasserwerfern und Polizeiketten tut man so, als ob die Demonstranten im Unrecht seien. (...) Verhaftet wird zum Beispiel, wer ins Megaphon spricht oder Flugblätter verteilt. So versucht man, das politische Anliegen der Demonstration zu zerstören.“ Damit verschoben sich die Inhalte von den Fahrpreisen zur Auseinandersetzung um Freiheit und Demokratie.

Auch am nächsten Tag wurde wieder demonstriert. Die Demonstranten zeigten sich vom verschärften Vorgehen der Polizei unbeeindruckt. Der Polizei gelang es abermals nicht, den Verkehr am Fließen zu halten. Die Landesbehörden hatten das Vertrauen in die lokale Polizeiführung verloren und griffen in die örtliche Polizeiarbeit ein. PR Maier, der das Vertrauen der Studenten genoss und persönlichen Kontakt zu ihnen suchte, wurde als Einsatzleiter von einem auswärtigen Beamten ersetzt. Die Studenten gingen davon aus, dass PR Maier abgelöst wurde, weil er sich geweigert hätte, Schlagstockeinsätze zu befehlen. Der auswärtige Einsatzleiter konnte sich am vierten Demonstrationstag in Folge jedoch auch nicht gegen die Demonstranten durchsetzen. Der Nachmittag mündete in Chaos. „Demonstranten blockieren mit erbeuteten Absperrgittern die Fahrbahn“ (Polizeibericht), anstatt dahinter zu bleiben. Vereinzelt konnten Busse und Personenwagen über die umkämpfte Kreuzung am Bertoldsbrunnen geschleust werden – zu einem hohen Preis. Wasserwerfer beschädigten Geschäfte in der Innenstadt, zahlreiche unbeteiligte Passanten gerieten in die Auseinandersetzungen. Ein Student wurde bei einem Schlagstockeinsatz verletzt.

Bereits vor dieser Eskalation hatte die „Aktionsgemeinschaft Demokratischer Schüler und Studenten“ an diesem Abend zu einem „Hearing“ unter dem Motto „ARGUMENTE statt BLOCKIERUNG des Verkehrs“ ins Haus der Jugend geladen. Schüler und Studenten sollten dort mit Bürgermeistern und Stadträten diskutieren. Nach den Straßenkämpfen des Tages, fanden sich am Abend 1500 der Konfliktgegner, darunter auch OB Keidel, zur Diskussion im Haus der Jugend ein. Erst diese Versammlung konnte die Situation befrieden. Die Ergebnisse des Abends veranlassten die Schüler und Studenten aufzurufen: „Vorerst keine Demonstrationen mehr“, denn der Gemeinderat würde zu einer Sondersitzung zusammentreten. Bis dahin fanden tatsächlich keine Demonstrationen mehr statt. Unter reger öffentlicher Teilnahme begann am Nachmittag des 15. Februars die öffentliche Gemeinderatssitzung. Diesmal wurde die Debatte auch über Lautsprecher auf den Rathaus- und Münsterplatz übertragen, so dass alle

Interessierten sie verfolgen konnten. Zu Beginn der Sitzung wurden Vertreter des DGB, des AStA und der Schüler angehört. Der Gemeinderat trat danach in eine insgesamt fünf Stunden dauernde Debatte über die Straßenbahntarife ein. Abschließend wurde entschieden, die Tarife, wie sie bereits im Dezember festgelegt wurden, zum 1. März zu erhöhen und um kleinere soziale Vergünstigungen und eine weitere Wochenzeitkarte zu ergänzen.

Die Schüler und Studenten konnten sich mit ihren Argumenten und Forderungen nicht durchsetzen. Dennoch unterblieben weitere Demonstrationen. In Flugblättern rief die Aktionsgemeinschaft gegen die Fahrpreiserhöhung am folgenden Tag zu weiteren Protesten auf. Wer „die ‚Diskussion‘ gestern im Stadtrat miterlebt hat, weiß, was von solchen Redereien zu erwarten ist: NICHTS!“ Um 13 Uhr fanden sich jedoch nur wenige Entschlossene ein. Statt zu blockieren, diskutierten sie mit dem Oberbürger-

meister, der ebenfalls zum Bertoldsbrunnen gekommen war. Der SDS verteilte derweil Flugblätter, in denen er von weiteren Fahrpreisdemonstrationen abriet und stattdessen zur Teilnahme an der Berliner Vietnamkonferenz aufrief. Zwei Wochen später, zur Einführung der neuen Tarife, war die Nachbereitung der turbulenten Demonstrationstage bereits im Gange. Zahlreiche Schüler und Studenten hatten Vorladungen zur Kriminalpolizei bekommen. Sie wurden verhört und fühlten sich eingeschüchtert. „Wir durften nicht zur Demonstration aufrufen (Rädelsführer)“, aber „wir können ja mal gucken, ob um 13 Uhr am Bertoldsbrunnen demonstriert wird“, hieß es zahn in einem Flugblatt, das am Tag der Tarifierhöhung vor Schulen verteilt wurde. Etwa 30 bis 40 Protestierer fanden sich ein, aber die Verkehrspolizei konnte sich mühelos durchsetzen. Die Straße wurde nicht mehr blockiert.

(Lars Müller)

Gentechnik

Ein besonders dreistes Patent zur Biopiraterie wurde zurückgewiesen

Am 12. 2. wurde im Europäischen Patentamt dem Einspruch gegen ein Patent stattgegeben, das ein besonders dreistes Beispiel von Biopiraterie darstellt. Mit dem Patent (Titel: „Maispflanzen und -produkte mit verbessertem Ölgehalt“) beansprucht die Firma DuPont – die grösste Saatguthändlerin der Welt und u.a. Besitzerin des legendären Krebsmauspatentes – den Besitz aller Maissorten der Welt, deren Ölgehalt und -zusammensetzung in den von ihr bezeichneten Bereich fallen. Die benannten Eigenschaften finden sich bei einer ganzen Reihe traditioneller Maissorten. Ausserdem ist der Titel raffiniert gewählt. Da es Mais-„pflanzen“ heisst und nicht „Sorten“, fallen auch alle diejenigen Sorten mit unter das Patent, bei denen die von DuPont beanspruchten Eigenschaften nur bei einzelnen Exemplaren auftreten.

Die Gefahr des Patentes für die (gebietsweise sowieso unzureichende) Grundversorgung mit Nahrungsmitteln ist nicht zuletzt an der Art der Einwender abzulesen: Das sind ausser Greenpeace das bischöfliche Hilfswerk Misereor und das Landwirtschaftsministerium des Staates Mexiko, dem Ursprungsland des Mais.

Mit diesem Patent kann DuPont weltweit den Anbau fast aller traditionellen Maissorten verbieten. Den Kleinbauern der 3. Welt gehört dann der Mais nicht mehr, den sie seit Generationen anbauen. Sie müssen Mais-Saatgut von DuPont kaufen. Diese Form der Enteignung ist im Grunde ein Missbrauch der Patent-Idee, nach der Neues vor Nachahmung geschützt werden soll. Möglich ist das nur durch Nichtanerkennung von Besitz und

Wissen, das nicht nach unseren Regeln beurkundet und dokumentiert ist. Die Industriestaaten drängen der übrigen Welt ihre Regeln auf und erkennen die der anderen nicht an. Martin Bröckelmann-Simon von Misereor im Juni 2001 zum Mais-Patent von DuPont:

„Die Bauern werden weltweit unter Handelsbeschränkungen, Lizenzgebühren und den Verlust der Vermarktungsrechte zu leiden haben. Ein Patent wie dieses diskreditiert die kulturelle Bedeutung von Mais in den Volkstraditionen von Lateinamerika.“

Und worin besteht die „Erfindung“, die geistige Leistung, die zu einem solchen Anspruch berechtigen soll? DuPont hat mittels sogenannter chemischer Mutagenese, einem Verfahren, das seit 1978 existiert, völlig ungezielt Maismutanten hergestellt. Daraus wurden geeignete Exemplare aussortiert, wie es Züchter seit Jahrtausenden tun, und daraus Zuchtlinien gewonnen. Die patentierten Maissorten sind die Kreuzungen von jeweils zwei dieser Linien. Auf die Frage, warum die Bezeichnungen der Linien nur in der Patentanmeldung und nicht in der – eigentlich relevanten – Patentschrift zu finden seien, antwortete die Anwältin von DuPont, Frau Owen: „Wir mussten zur damaligen Zeit die Ansprüche auf die verschiedenen Sorten entfernen. Die (Patent)ansprüche wurden entsprechend angepasst.“ Das kann nur heissen, dass die Ausgangslinien ihnen nicht gehörten.

Das Patent hätte eigentlich nie erteilt werden dürfen. Der Widerruf, also die Entscheidung der Einspruchsabteilung des Europäischen Patentamtes zugunsten der Einsprechenden, ist ein Schritt

Was ist Biopiraterie?

Biopiraterie ist die Aneignung der genetischen Ressourcen – der Biodiversität – durch private Konzerne, einzelne Personen oder staatliche Institutionen.

Was bedeutet das?

Biodiversität, pflanzengenetische Ressourcen, geistige Eigentumsrechte – Themen etwa für Lobby-SpezialistInnen aus dem Umweltbereich oder ein Nebenwiderspruch im Kontext neoliberaler Globalisierung? NEIN!

Der Begriff Biopiraterie steht für Konflikte, die eng verknüpft sind mit Gen- und Biotechnologien, mit der Entwicklung von neuartigen Medikamenten und Lebensmitteln, mit dramatischen Umweltzerstörungen und dem Verlust der biologischen Vielfalt.

Hierarchische Nord-Süd-Beziehungen hängen ebenso mit Biopiraterie zusammen wie die undemokratischen und sich verschlechternden Lebensbedingungen für viele Menschen, insbesondere der ländlichen und indigenen Bevölkerung südlicher Länder.

Bioprospektion – Grundlage der Ausbeutung

Biologische Vielfalt wird durch die Entwicklung neuer Technologien und die Herausbildung neuer Produktions- und Konsummuster zum „Erdöl des Informationszeitalters“. Während die biologische Vielfalt immer mehr schwindet,

haben die transnationalen Konzerne der Agrar- und Pharma-Industrie erkannt, welches ökonomischen Potenzial in diesem Bereich liegt. Natürlich vorkommende Pflanzen und das Wissen um ihre Wirkstoffe eröffnen diesen Branchen riesige Marktchancen. Um sich das „Grüne Gold der Gene“ zu sichern, werden sog. Bioprospektionsprojekte durchgeführt: Biologisches Material wird gesammelt und auf seine erblichen Eigenschaften hin untersucht. Ziel ist es, auf neue Substanzen und damit profitable Entdeckungen zu stoßen.

Bei dieser Suche sind die ForscherInnen auf das Wissen der indigenen Bevölkerung angewiesen. Dieser sind die Verwendungsmöglichkeiten und Wirkungen der Pflanzen seit Generationen bekannt oder haben diese als Saatgut überhaupt erst nutzbar gemacht. Ohne deren Hilfe wäre die Suche nach neuen Substanzen wie die Suche nach der Stecknadel im Heuhafen. Ein Hauptproblem dabei ist, dass die Bevölkerung gar nicht weiß, was mit den an die ForscherInnen gegebenen Pflanzen geschieht.

Transnationale Konzerne und Forschungsinstitute haben ein Interesse daran, die Ergebnisse ihrer Forschung zu vermarkten und somit privatrechtlich exklusiv abzusichern. Diese Aneig-

nung der genetischen Ressourcen mit dem Ziel, sie zu patentieren oder andere Rechte geistigen Eigentums auf sie zu erwerben, wird als Biopiraterie bezeichnet. Die Herkunftsländer und die lokale Bevölkerung werden i.d.R. gar nicht oder nur zu einem geringem Teil an den Gewinnen beteiligt. Viele wissen noch nicht einmal, was ein Patent ist, ein privater Besitzanspruch auf wild wachsende Pflanzen ist in ihrem Denk- und Wertesystem nicht vorstellbar. Durch die Patentierung geht gemeinschaftliches Gut in den Besitz einzelner Menschen oder Konzerne über.

Es ist uns sehr wichtig, bestehende Kämpfe von KleinbäuerInnen und indigenen Völkern in den Ländern des Südens aufzugreifen, bekannt zu machen und zu unterstützen. Wir begreifen unsere Kampagne als Teil weltweiter Kämpfe für Gerechtigkeit und als Beitrag zu einem möglichen Perspektivwechsel!

Wir fordern:

- den sofortigen Stopp aller Bioprospektions-Projekte
- den Verbot von Patenten auf jegliche Form von Natur
- Die Natur gehört uns allen und darf nicht zum Besitz einzelner Menschen oder Konzernen werden!
- Stoppt die Biopiraten!
- Biodiversity is not for sale!

Quelle: www.biopiraterie.de

in die richtige Richtung. Aber zwei nachteilige Aspekte müssen dennoch erwähnt werden:

1. Grundlage für die Revision war,
 - dass die erfinderische Tätigkeit nicht hoch genug war, mit anderen Worten, darauf konnte jeder Fachmann kommen,
 - dass der Anspruch über das hinaus geht, was nachweislich machbar ist und
 - dass es sich um ein biologisches und damit nicht patentfähiges Verfahren handelt.

Ausdrücklich bejaht wurde, dass die Forderung nach Neuigkeit gegeben sei. D.h. dem traditionellen Wissen wurde ausdrücklich die Anerkennung verweigert mit der Begründung, dieses Wissen sei nicht allgemein zugänglich gewesen, will heißen nicht nach unseren Regeln veröffentlicht.

2. Das Urteil gilt nur für den Wirkungsbereich der Vertragsstaaten der europäischen Patentübereinkommens (das ist im Wesentlichen die EU). Dieses in jeder Hinsicht unglaubliche Patent ist also in den Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens nach wie vor gültig. Man kann nur hoffen, dass die Zurückweisung bei uns eine Signalwirkung hat auf ähnliche Verfahren in anderen Teilen der Erde.

Linde Peters, Münchner Lokalberichte

Kommentiert:

15. Februar in Berlin: Staatstragendes Friedensevent?

Über 500.000 Menschen gemeinsam gegen den Krieg im Irak, das ist schon ein beeindruckendes Erlebnis. Und dazu noch in Berlin, einer Stadt, deren Geschichte mit dem preußisch-deutschen Militarismus und seinen Folgen aufs Engste verbunden ist. Allerdings blieben trotz des in diesem Ausmaß unerwarteten und überwältigenden Erfolgs dieser Aktion der Friedensbewegung, Gewerkschaften und Kirchen Fragezeichen und Zweifel.

Die FAZ schrieb sinngemäß, die Berliner Demo sei von den Damen im Pelzmantel geprägt worden. Das ist zwar üble Übertreibung, trifft aber doch einen wichtigen Aspekt: unter den Teilnehmern waren auffallend viele Leute, die den Eindruck machten, als sei die Teilnahme an einer solchen außerparlamentarischen Aktivität eher etwas Ungewohntes für sie. Und man konnte auch aus Gesprächen entnehmen, dass es für manche, auch gerade ältere, das erste Mal war, „auf die Straße zu gehen“. Dabei darf

man einen großen Unterschied zwischen den Friedensdemonstrationen in Bonn – 1982 gegen die NATO-Nachrüstung und 1991 gegen den Golfkrieg von Bush senior nicht vergessen: Damals richteten sich diese Aktionen eindeutig gegen die Haltung der jeweiligen Regierung. Und die Grünen und ihre Vorläufer standen bei den beiden früheren Demos eindeutig auf der Seite der Außerparlamentarischen gegen die Regierung. Und wenn auch auf der Demo am 15.02. Kritik an der Regierung ab und an zu hören war, so war die Grundtendenz doch eher wohlwollende Unterstützung und Rückendeckung für Rot-Grün, nach dem Motto „Schrödi bleib standhaft!“, so eine Plakataufschrift. Die Demo-Strecke durch das Berliner Stadtzentrum, das Regierungs- und Botschaftsviertel (Unter den Linden, Brandenburger Tor) und über die Straße des 17. Juni durch den winterkahlen Tiergarten vor die Siegessäule führte durch von „normalen Menschen fast unbewohntes Gelände“. Die Demo wirkte daher eher wie eine mit sich selbst und ihrer Inszenierung beschäftigte „ingroup“. Und die Tatsache, dass der letzte Teil des Weges mit dem Zugweg der „Loveparade“ identisch war, ließ wirklich den seltsamen Gedanken an Demo als „Friedensevent“ aufkommen. Die überdimensionalen Lautsprecher-Türme

ininigem Abstand zur Bühne machten auch den Eindruck, als seien sie vom „Techno-Event“ ausgeliehen. Überhaupt stellt sich die Frage, ob es ebenso viele und die selben Teilnehmer gewesen wären, wenn die Bundesregierung für den Irak-Krieg eintreten würde. Bei der immer noch verbreiteten „Obrigkeitslastigkeit“ vieler Leute in diesem Land eine spannende Frage.

Protest gegen innenpolitische Missstände

Viele Jugendliche, besonders Schüler waren zu sehen. Manche Gruppen sammelten spontan Unterschriften. Aus Diskussionen war herauszuhören, dass nicht wenige sich zum ersten Mal politisch engagierten. Auf manchen T-Shirt war z.B. „Schüler für Menschlichkeit und Toleranz“ zu lesen. Allerdings nutzten nicht wenige Jugendliche – und nicht nur sie – die Demo, um zugleich gegen die durch die Berliner Finanzkrise sich verschärfenden Missstände und die Aktivitäten des rot-roten Senats zu demonstrieren: gegen Geldsparen im Bildungsbereich und den Ausstieg Berlins aus dem Verband öffentlicher Arbeitgeber und dem Tarifvertrag, das war deutlich an Plakaten, Flugblättern und DGB-Fahnen mit dem 35-Stunden-Logo zu sehen. Auf diesem Weg wurde „mensch“ an die Binsenweisheit erinnert: Krieg kostet Steuergelder, die für andere viel sinnvollere Aufgaben dann fehlen. Und sie fehlen immer mehr. Zum einen, weil durch eine schon seit Jahrzehnten andauernde Geld-Umverteilungsmaschine die öffentlichen Kassen in der BRD immer är-



mer und die Reichen (Unternehmen und Private) immer reicher werden. Zum anderen, weil Steuergelder auch immer mehr in Militärisches fließen: seit Jahren in den Umbau der Bundeswehr zu einer global einsetzbaren hochtechnisierten Kriseninterventionsarmee und in Ausgaben für Auslandseinsätze. Die BRD ist immerhin das Land mit dem weltweit zweitgrößten Kontingent an Soldaten im Auslandseinsatz (offizielle Kosten 2 Mrd. Euro im Jahr).

Deutschlands wirkliche Rolle...

Und so gerieten bei dem regierungsstützenden „Friedensevent“ die tatsächlichen Motive der BRD und ihre Rolle in der Region des Nahen und Mittleren Ostens, insbesondere im Irak, praktisch völlig aus dem Blick. Zwischen dem Irak, aber auch dem Iran und der BRD gibt es

enge und vielfältige Wirtschaftsbeziehungen. Die Geschichte dieser wirtschaftlich-politischen Beziehungen reicht weit zurück – eigentlich bis ins Kaiserreich, und auch die Nazis pflegten diese Kontakte. Trotz Embargo und Sanktionen waren auf einer Wirtschafts- und Industriemesse, die kürzlich in Bagdad stattfand, über 300 deutsche Firmen vertreten. Dass offensichtlich deutsche Bauunternehmen an Saddam Husseins unterirdischen Verteidigungsanlagen kräftig mitbauten und verdienten, verwundert dann nicht mehr. Die Motive der BRD gegen einen Krieg im Irak sind also nicht humanitär-altruistisch. Und wenn man weiß, dass der französische Konzern Elf-Aquitaine mit Iran (der laut Bush auch zur „Achse des Bösen“ gehört) lukrative Ölverträge abgeschlossen hat, wird auch das Nein Frankreichs (ökonomisch) verständlicher. sas

Stalins illusionäre Vorstellungen

Buchbesprechung von Franz-Karl Hitz

Erstmalig konnte ein russischer Historiker Einblick in das persönliche Archiv des russischen Präsidenten nehmen. Wladimir Konstantinowitsch Wolkow recherchierte in den bisher geheim gehaltenen Akten Stalins. Daraus entstand das Buch, das der Berliner Historiker Harald Neubert übersetzte und mit einer Vorbemerkung versah. Neubert ist selbst Herausgeber zahlreicher Bücher und wissenschaftlicher Veröffentlichungen. Er ist mit W.K. Wolkow, korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften, seit Jahren bekannt. Wolkow gilt nicht nur in Russland als Experte für die Geschichte Osteuropas, des Balkans und der Beziehungen Deutschlands zu den slawischen Völkern.

Der Buchautor behandelt die Außenpolitik der Sowjetunion von 1940 bis 1968 in sechs Kapiteln. Das erste Kapitel behandelt die sowjetisch-deutschen Beziehungen, vor allem die Balkanprobleme der beiden Staaten. Untersucht wird das Zustandekommen des Nichtangriffspaktes vom 23. August und des Freundschaftspaktes vom 28. September 1939 mitsamt den Geheimverträgen.

Das zweite Kapitel wurde, um die Dokumentation zu bereichern, für die deutsche Ausgabe des Buches erweitert. Es behandelt den „Barbarossa-Plan“ als Phantom und als Realität in der Politik Stalins (Frühjahr bis Sommer 1941). In diesem Kapitel widerlegt Wolkow die Legende, die Sowjetunion hätte Hitlers Krieg mit einem Präventivschlag zuvor kommen wollen. Eine gezielte Lüge eines sowjetischen Überläufers. Wolkow erbringt den Beweis, dass Timoschenko, damals Volkskommissar für Verteidigung,

und der Chef des Generalstabes Shukow sehr wohl über Informationen zur Konzentration großer deutscher Truppenverbände an der sowjetischen Grenze verfügten. Doch Stalin ließ sich noch am Vorabend des Überfalls durch die deutsche Armee von Hitler hinters Licht führen. Timoschenko und Shukow hatten nicht den Mut, ihre eigene Auffassung zu vertreten.

Schon Tage nach dem 22. Juni 1941 habe Stalin ein strategisches Konzept für die europäische Nachkriegsordnung entwickelt. Als erstes befahl er die unverzügliche Auflösung der Komintern.

Diese Periode wird im dritten Kapitel dokumentiert. Wolkows Recherchen belegen, dass sich die Stalinsche Führung seit 1943 intensiv darum bemühte, Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und die Tschechoslowakei als Einflusszone zu gewinnen – und zwar mit Billigung der Westalliierten. In der Geschichtsschreibung der Neuzeit keine neue Erkenntnis, aber auf Grund der jetzt vorgefundenen, bisher geheimen Dokumente von bedeutender historischer Beweiskraft.

Im vierten Kapitel berichtet der russische Professor über geheime Protokollniederschriften über Gespräche Stalins mit Führern der SED bzw. der DDR in der Zeit von 1947 bis 1952. Namen wie Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und Anton Ackermann tauchen auf und geben Einblick in die Illusionen und willkürlichen Wunschkonstruktionen Stalins.

Dem zeitlichen Umfeld des XX. Parteitages der KPdSU ist das fünfte Kapitel gewidmet. Im Vorfeld werden bereits bescheidene Korrekturen der bedrückenden Hinterlassenschaft im Verhältnis zu den sozialistischen Ländern sichtbar.

Im sechsten Kapitel schließlich stehen die CSSR-Ereignisse Ende der 60er Jahre im Mittelpunkt. Der besondere Neuigkeitsswert dieses Kapitels, so schätzt der Herausgeber ein, besteht darin, dass Wolkow anhand zahlreicher bisher nicht bekannter Quellenzeugnisse neue Einblicke in die zum Teil konspirativen Aktivitäten der sowjetischen Führung bietet, um die Reformbewegung in der CSSR zu unterdrücken. Eine geplante konzertierte Aktion fand jedoch nicht statt: Ulbricht verhinderte, dass die NVA der DDR ins Nachbarland einfiel, wie dreißig Jahre zuvor die Naziwehrmacht.

Ernüchternde Einsichten werden zum Geschichtsdokument. Ein Buch, das jeder geschichtlich interessierte Leser lesen sollte. Dann wird er die Nachkriegsgeschichte besser verstehen. Natürlich wird das Buch Diskussionen auslösen, so wie auf der kürzlich stattgefundenen Präsentation in Berlin. Dem Verlag und dem Herausgeber kann es nur Recht sein. Harald Neubert (Hrsg.)/Wladimir K. Wolkow: Stalin wollte ein anderes Europa – Moskaus Außenpolitik 1940–1968 und die Folgen. Eine Dokumentation. edition ost im Verlag Das Neue, Berlin 2003, br. 288 Seiten, Preis 14,90 Euro. ISBN 3-360-01046-9.

14. März, bundes- und europaweit: Der DGB und der EGB rufen für 12.00 Uhr zu *betrieblichen Aktionen gegen den Krieg* auf.

14.-16. März, New York: *Socialist Scholars Conference*. Cooper Union, New York, 20. Jahreskonferenz von mehr als 2000 sozialistischen Wissenschaftlern, Radikaldemokraten, Gewerkschaftsvertretern u.a. linken Aktivisten. Hauptthemen sind die Strategiedebatte nach den Antiglobalisierungsdemonstrationen der beiden letzten Jahre sowie die Gegenwehr gegen unsolidarische Sozialpolitik, die Angriffe auf zivile Freiheiten nach dem 11.9.2001 und Folgen bzw. Begleitumstände des „Kriegs gegen den Terrorismus“. TeilnehmerInnen sind u.a.: Bill Fletcher, Peter Gowan, Bob Jessop, Saskia Sassen, Barbara Epstein, Doug Henwood. Anmeldung/Infos: www.socialistscholar.org info@socialistscholar.org

21. März: *Europaweiter Aktionstag* des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) zur Aufklärung über das GATS

22. März, Hannover: *Regionale Basiskonferenz* der PDS-Landesverbände Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Bremen

22./23. März, Prag: Internationale Konferenz: „*Wir alle brauchen eine dauerhafte und sichere Friedensordnung in Europa*“. Veranstalterin: Tschechische Friedensgesellschaft. Näheres in den Deutsch-Tschechischen Nachrichten. Anmeldung über eMail: czechpeace@volny.cz

28.-30. März, Frankfurt: *IPPNW-Mitgliederversammlung*, Frankfurter Bürgertreff Gutleut. Kontakt: IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/6930244, Fax: 030/6938166. E-Mail: ippnw@ippnw.de Internet: <http://www.ippnw.de>

3. April, Berlin: Werkstattgespräch: *Genossenschaften – Unternehmen an der Schnittstelle zwischen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik*. Die Veranstaltung wird von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen in Berlin in Kooperation mit dem DGB durchgeführt. Das Ziel des Werkstattgesprächs ist es, die verschiedenen Aspekte der Genossenschafts-Diskussion aufzugreifen, um der Frage nachzugehen, ob die Förderung von beschäftigungsorientierten Genossenschaftsgründungen für Berlin ein Weg zu mehr Beschäftigung sein kann. Das Genossenschaftswesen hat in Deutschland eine rund 150-jährige Tradition. Die Palette der heute bestehenden Genossenschaften umfasst Kredit-, Agrar-, Handwerks-, Wohnungs- und Konsumgenossenschaften. Produktivgenossenschaften haben sich vor allem im Bereich der Land-, Bau- und Wohnungswirtschaft bereits in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts etabliert. An der Schnittstelle von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik können Produktiv- und Stadtteilgenossenschaften heute neue Impulse setzen: Einerseits produzieren sie Wirtschafts- und öffentliche bzw. Gemeinschaftsgüter. Andererseits haben Genossenschaften den gesetzlichen Auftrag zur Wohlfahrt ihrer Mitglieder, so z.B. zur Schaffung und Sicherung des eigenen Arbeitsplatzes, beizutragen. In der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und PDS in Berlin wird die Gründung von Stadtteil- bzw. Produktivgenossenschaften angeregt, um durch öffentlich geförderte Unternehmensgründungen Langzeitarbeitslose wieder dauerhaft in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Doch nicht nur in Berlin ist diese Unternehmensform zu neuer Aktualität gelangt. Neben den Wirtschaftsbereichen, in denen Genossenschaften auf eine lange Tradition zurückblicken können, wenden sich heutzutage auch Berufsgruppen der Genossenschaftsform zu, die man bisher nicht mit genossenschaftlichen Prinzipien in Verbindung gebracht hat. Im Anschluss an das Werkstattgespräch wird interessierten Teilnehmern die Möglichkeit geboten, mit Expertinnen weiterführende praxisorientierte Fragestellungen zu erörtern. Aus dem Programm: I. Unternehmensform Genossenschaft: Eine alte Idee gewinnt neue Aktualität; Stadtteil- und Produktivgenossenschaften – ein Weg zu mehr Beschäftigung

in Berlin; Das Genossenschaftswesen in Deutschland und der EU; Kooperative Ansätze zur Regionalentwicklung: Existenzgründung und -sicherung durch Genossenschaften? Arbeitsplatzsicherung durch Genossenschaften? Beschäftigungspolitische Wirkungen neuer Genossenschaften. II. Genossenschaften in der Praxis; III. Gründung von beschäftigungsorientierten Genossenschaften – ein Weg aus der Arbeitslosigkeit? Teilnahmegebühr von 30 Euro, eingeschlossen sind Unterlagen, Pausengetränke, Imbiss. **Anmelden bis zum 28.3.** bei: BBJ Consult AG, Tel. 5505-1311, -1305, E-Mail: tagungen@bbj.de **Ort** der Veranstaltung: DGB-Konferenzhaus, Penthouse-Saal, Wallstr. 65, 10179 Berlin

5. April, Nürnberg oder Gera: *Regionale Basiskonferenz* der PDS-Landesverbände Bayern, Sachsen, Thüringen

26.-27. April, Berlin: *Auf dem Weg zum Europäischen Sozialforum in Paris*. Vorbereitungstreffen für das Europäische Sozialforum im November 2003 in Paris. Von der französischen Vorbereitungsgruppe wurden vier Achsen vorgeschlagen, um die sich die Veranstaltungen in Paris inhaltlich gruppieren sollen: 1) „Für ein Europa des Friedens und der Solidarität“; 2) „Für ein soziales und demokratisches Europa“; 3) „Für ein Europa nachhaltiger und solidarischer Entwicklung“; 4) „Für ein demokratisches Europa der Information, der Kultur und der Bildung, für eine Ethik der Wissenschaft“, Infos und Kontakt: www.dsf-gsf.org braun.d@t-online.de



„Die Friedensbewegung muss leider auch einkalkulieren, dass alle Proteste und Anstrengungen der Weltöffentlichkeit, diesen Krieg doch noch zu verhindern, nicht zum gewünschten Erfolg führen. Für diesen Fall werden die Aktivitäten aber keineswegs abnehmen. Es herrscht Einverständnis, dass an dem Tag, an dem der Krieg beginnt, im ganzen Land die Menschen in ihren Orten an jeweils zentralen Plätzen zusammenkommen und ihre Betroffenheit und Wut über den Krieg auszudrücken. Die entsprechenden Aktionen (von der Mahnwache bis zur Demonstration und Kundgebung) finden im Zeitraum von 17 bis 19 Uhr statt. Vereinbart ist auch, dass an dem dem Kriegsbeginn folgenden Samstag Großdemonstrationen und -kundgebungen in allen Regionen Deutschlands stattfinden werden.“ (Aus einer PE des Friedensratschlages, 10.3.)